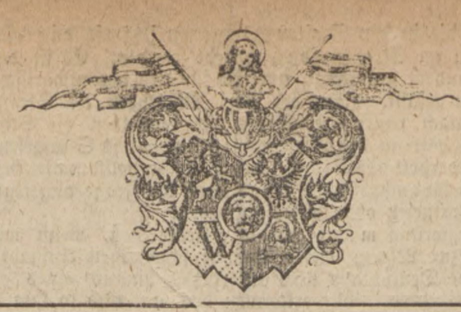
Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 96. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 26 Februar 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Februar.

11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Achenbach, Geh. Räthe v. Kehler, Herrfurth, Haase u. A.

Vom Minister des Innern ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Kreisordnung in Stolberg und Wernigerode eingegangen.

Das Haus setzt die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fort.

Cap. 100 wirft für „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei" eine Summe von 120,000 Mark aus.

Abg Hoppe: Ueber den sogenannten Reptilienfonds ist schon so häufig und ausführlich gesprochen worden, daß ich mich näherer Erörterungen enthalten kann. Ich werde gegen die Position stimmen und beantrage deshalb für dieselbe gesonderte Abstimmung.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Bei den vielen Klagen, welche über die Reptilienwirthschaft laut geworden sind, hatte ich gehofft, daß der Herr Minister sich veranlaßt sehen würde, die inneren Reptile abzuschaffen; aber ich habe mich in meiner Hoffnung getäuscht. Der Herr Minister hat neulich den „Staatsanzeiger" und die „Provinzial-Correspondenz" als die einzigen von der Regierung unterstützten Blätter bezeichnet, und die letztere hat uns neulich eine interessante Schilderung von der Thätigkeit des literarischen Bureaus gegeben. Hiernach besteht die eine Aufgabe desselben darin, für die Regierung, den König und seine Minister Ausschnitte aus Zeitungen zu machen und soll dabei jede politische Tendenz völlig ausgeschlossen sein. Nun glaube ich, daß das einseitige Vorgehen des Ministers des Innern und seine Unkenntniß über verschiedene Vorfälle in der letzten Zeit es klar bewiesen haben, daß das Bureau in dieser Hinsicht seine Pflicht nicht erfüllt. Eine zweite Aufgabe ist die Bearbeitung von officiellen Zeitungsartikeln, welche man mit dem Namen „Waschzettel" zu belegen pflegt und welche durch ein besonderes Zeichen markirt sein sollen. Nun sind diese Zeichen wohl der Redaction bekannt, können aber unmöglich dem Publikum bekannt sein, sonst würde es wohl meistens diese Artikel nicht lesen, von denen man weiß, daß sie doch nur irre leiten und gut sind, Tische abzuwischen. (Heiterkeit.)

Nun glaube ich aber, daß außer den oben erwähnten Blättern noch Provinzialreptile bestehen, und in welcher Weise für dieselben das Geld verschwendet wird, will ich nur an einem Beispiel aus meiner Heimath zeigen Die sogenannte „Westfälische Provinzialzeitung" ist ein Blatt, das seine Existenz auf Regierungskosten fristet, und wir könnten mit seiner Existenz an und für sich sehr zufrieden sein, da es eine so jämmerliche ist, daß sie unserer Partei nur nützen kann. Auszusetzen hätte ich an dem Blatte nur seine fortwährenden Denunciationen und vielleicht auch das noch, daß unser altes westfälisches Wappen, das Pferd, welches es als Vignette trägt, täglich von ihm an den Pranger gestellt wird. Daß aber ein solches Blatt, das an und für sich dem Bankerott nahe war, officiell unterstützt wird, finde ich unerhört. Um den Ruin des Blattes aufzuhalten, wurden alle Bürgermeister, Amtleute und Beamten instruirt, dasselbe zu unterstützen, weil dasselbe die einzige nicht ultramontane Zeitung in Westfalen sei. Wir unterliegen dem Blatte gegenüber einem dreifachen Zwange: erstens dem literarischen Zwange, denn alle officiellen Bekanntmachungen werden in diesem Blatte veröffentlicht und dadurch die übrige Presse und bei der geringen Verbreitung der Zeitung vor allem das Publikum benachtheiligt; zweitens dem Zwange, daß Jeder, der für loyal gelten will, das Blatt halten muß, und drittens dem Zwange, das Blatt überall in den Bahnhöfen zu lesen. Soviel ich gehört, erhält das Blatt einen jährlichen Zuschuß von 3000 Thlr., und als dies nicht genügte und es um mehr petitionirte, erklärte selbst der Minister, daß es ihm nicht mehr werth sei. Ob er sein Herz doch schließlich noch hat erweichen lassen, weiß ich nicht, aber ich möchte ihn bitten, wenn er die Reptile im Allgemeinen nicht abschaffen will, daß das Geld nicht in so unverantwortlicher Weise verschleudert werde.

Abg. v. Czarlinski: Die Klage, welche ich heute vorzubringen habe, bezieht sich auf die Sendung eines Regierungscommissars in die Provinz Westpreußen, um dort die ultramontane und polnische Presse, sowie die Vereine zu überwachen. Es ist dies ein Mißtrauensvotum gegen die Provinz, das ich nicht billigen kann. Der Commissar hat seinen Sitz in Thorn und mischt sich direct in politische Angelegenheiten hinein; die Nachrichten, die über seine Persönlichkeit und seine Carriere in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, sind derartige, daß sie nicht besondere Achtung für ihn erwecken können; und der bessere Theil unserer Bevölkerung betrachtet ihn auch mit größtem Mißtrauen. Seine Amtsthätigkeit besteht hauptsächlich darin, Referate loszulassen, und da entwickelt der Herr eine Schreibluft, die wirklich erstaunlich ist. Selbst wissenschaftliche Vereine, landwirthschaftliche Vereine 2c. werden von ihm nicht verschont, und ich richte an die Regierung die Anfrage, aus welchem Grunde die Sendung dieses Commissars erfolgt ist.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Grund dieser Maßregel ist der, daß Sie allen Ihren wirthschaftlichen und politischen Beziehungen den polnischen Stempel aufdrücken und die national-polnische Seite zur Geltung bringen; dies Vorgehen wird von der preußischen Regierung als staatsfeindlich bezeichnet, und wenn sie ein solches Treiben zu überwachen und in seine Grenzen zurückzudrängen versucht, so wird man daraus der Regierung keinen Vorwurf machen können, im Gegentheil müßte man sie tadeln, wenn sie das nicht thäte. Was Ihre Klage über die Ueberwachung der Vereine anbetrifft, so wird in den landwirthschaftlichen Vereinen zum größten Theil Politik getrieben, und ich habe es daher für gut befunden, dieselben überwachen zu lassen. Auf die Klagen des Herrn v. Schorlemer-Alst muß ich erwidern, daß es in einer Provinz wie Westfalen, die von Blättern ultramontaner Richtung völlig überschwemmt ist, absolut nothwendig ist, daß ein Blatt dort existire, welches dem Volke auch einmal eine andere Richtung zeigt, und deshalb unterstütze ich dies Blatt, je zweckentsprechender dasselbe redigirt wird, desto mehr Ruhm für dasselbe.

Abg. Windthorst (Meppen): Trotz der entscheidenden Gründe, welche die Fortschrittspartei neulich gegen den Dispositionsfonds vorgebracht hat, ist derselbe dennoch bewilligt worden, und zwar ist dies dem Zustimmen der Nationalliberalen zu danken. Die „Kölnische Zeitung", ihr Moniteur für das Rheinland, suchte ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen, daß sie erklärte, die Partei habe dem Ministerium kein Mißtrauensvotum geben können. Für mich handelt es sich um diese Frage gar nicht, sondern ich betrachte den Fonds ganz objectiv, und da muß ich ihn entschieden ablehnen. Ich bin überzeugt, daß die Herren auch heute für den Fonds stimmen und dadurch das Geld unnütz verschwenden werden. Ich werde gegen die Position stimmen, aber ich halte es für nothwendig, zu erklären, daß ich weder dem Gesammtministerium noch dem Ministerium des Innern dadurch ein Mißtrauensvotum aussprechen will, denn ich weiß sehr wohl, daß ich einen Minister, der schon wackelt, durch ein solches Mißtrauensvotum nur wieder befestigen würde (Heiterkeit), und ich pflege die Pferde nicht hinter den Wagen zu spannen. Was die heute vorgebrachten Klagen anbetrifft, so muß ich zunächst dem Abg. v. Czarlinski sagen, wenn die Herren in Westpreußen so glücklich sind, nur öffentliche Polizeibeamte zu haben, so können sie sich gratuliren (Heiterkeit), er möge sich doch umschauen, ob nicht noch außerdem geheime Agenten existiren. Ich bin überzeugt, daß sie vorhanden sind, und es ist ja auch ganz natürlich, daß sie zu einer Regierung, wie die gegenwärtige, gehören. Der Herr v. Schorlemer wird dem Herrn Minister recht dankbar sein, daß derselbe ausdrücklich das vorher erwähnte westfälische Blatt als Regierungsblatt erklärt. Es ist dies oft geleugnet worden, und ich weiß nicht, wie dies mit der neulichen Erklärung des Ministers in Einklang zu bringen ist, daß das Amtsblatt und die „Provinzial-Correspondenz" die einzigen officiösen Blätter seien. Das muß uns entschieden veranlassen, Umschau zu halten, ob nicht noch mehr derartige Blätter in der Provinz existiren; ich bin davon überzeugt. Das Beste dabei ist, daß diese Blätter überall so schlecht redigirt werden, daß man, wenn man einmal übler Laune ist, sich durch die Lectüre wieder zum Humor zurückbringen kann (Heiterkeit).

Der Artikel in der „Provinzial-Correspondenz", welcher die Thätigkeit des Preßbureaus schildert, ist bereits erwähnt worden. Es wäre sehr interessant, die einzelnen Thätigkeiten dieses Bureaus zu zergliedern, aber ich will heute nur auf eine prägnante Seite derselben eingehen. Eine Hauptthätigkeit dieses Bureaus scheint darin zu bestehen, Ausschnitte für hohe Beamten, für die Minister und Se. Majestät den Kaiser zu machen. Nun bin ich der Ansicht, wiewohl die „Provinzial-Correspondenz" versicherte, solche Ausschnitte würden ohne besondere Tendenz gemacht, daß dies nicht wahr ist, denn bei der einseitigen Parteirichtung der Regierung ist es psychologisch unmöglich, daß hierbei unparteiisch vorgegangen wird. Ich denke, daß es überhaupt rathsam wäre, daß diejenigen, welche in öffentlichen Dingen maßgebende Beschlüsse fassen, die Tagesliteratur ganz und vollständig verfolgen und sich nicht mit solchen Ausschnitten begnügen; wenn man aber nur Ausschnitte geben will, dann glaube ich, muß wirklich das Ausschnittsbureau unter bessere Controle gestellt werden, welche die Objectivität verbürgt. Weiteres will ich über diese Sache im Momente nicht sagen; es wird ja genügen, das Publikum öffentlich darauf aufmerksam gemacht zu haben. Ich muß nur constatiren, daß nach den interessanten Enthüllungen der „Provinzial-Correspondenz" es mir ganz klar ist, weshalb an vielen Stellen Einseitigkeit, Irrthum und falsche Auffassung herrschen. Schließlich möchte ich noch an die Regierung die Bitte richten, daß wenigstens unter den Ausschnitten, welche an Se. Majestät den Kaiser gegeben werden, auch die Verhandlungen über die Vorfälle in Münster und in Beziehung auf den „Büffel" mit eingelegt werden. (Große Heiterkeit.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Maßregel der Zeitungsausschnitte ist eine dringend nothwendige für jedes Ministerium. Sie haben mir gestern selbst gesagt, ich müßte Alles, was in Bezug auf mein Ressort im Staate vorkommt, wissen; wie soll ich das möglich machen ohne diese Einrichtung? Ich kann doch unmöglich alle Provinzialzeitungen lesen, um zu sehen, ob irgendwo ein Scandal passirt ist. Wenn ich wiederholt erklärte, daß außer dem „Staatsanzeiger" und der „Provinzial-Correspondenz" die Regierung kein einziges officiöses Blatt habe, so schließt das keineswegs aus, daß man sich von Seiten der Regierung nicht auch noch für bestimmte andere Blätter interessirt (Aha! Hört! hört! im Centrum) und ihnen eine indirecte Hilfe angedeihen läßt (Hört! hört!); aber so sehr groß und gewaltig ist denn doch diese Hilfe nicht; wie sollte denn sonst das erwähnte westfälische Blatt in die so ungünstige Lage kommen, betteln zu müssen. In diese Lage würde ich doch kein Blatt bringen.

Abg. Jung: Ich will der Regierung gewiß das Recht nicht bestreiten, durch die Presse zum Volke reden zu können, ich wünsche nur, daß sie dabei den directen unmaskirten Weg beschritte. Schon früher habe ich auf ein Mittel aufmerksam gemacht, das ich für eins der wirksamsten halte, aber noch ist von demselben nirgend Gebrauch gemacht worden. Dieser Vorschlag ist: bei wichtigen Gelegenheiten in den Gemeinden, wo es schwer ist, Zeitungen hin zu bekommen, öffentlich Anschläge zu machen, die unter die Hut des Gesetzes gestellt werden. Dieses Mittel hat jetzt z. B. die baierische Regierung ergriffen bei der würdigen Antwort der Regierung auf die ultramontane Adresse; sie ist in allen Gemeinden angeschlagen worden. Solche Sachen wirken ganz anders, als so ein indirectes Regierungsblatt mit geheimer Unterstützung. Wir hatten in Preußen schon oft Gelegenheit zu solchen öffentlichen Anschlägen, die gewiß wirksam gewesen sein würden; ich erinnere nur an den Brief unseres Kaisers auf die Insinuationen des Papstes; wenn dieser Brief des Papstes und die Antwort des Kaisers in allen katholischen Gemeinden öffentlich angeschlagen worden wäre, so wäre das von größerer Wirkung gewesen, als alle indirecten officiösen Zuflüsterungen. Wer in diesem Culturkampf publicistisch mitgekämpft hat, weiß, wie schwer in die ultramontanen Gemeinden ein gedrucktes Wort hineindringt. Die Herren Pastoren hüten ja solche Orte, wie der Hund seine Heerde. (Heiterkeit links. Lachen im Centrum.) Dies Mittel ist so einfach, so praktisch, so moralisch, daß es sich von selbst empfiehlt. (Beifall links.)

Abg. v. Czarlinski beklagt sich über die Thätigkeit des nach Posen gesandten Regierungs-Commissars, dem die specielle Aufgabe obliege, die polnische und ultramontane Presse zu überwachen.

Die Position des Titels 1 wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums und eines Theiles der Fortschrittspartei bewilligt.

Zum folgenden Capitel „Strafanstalts-Verwaltungen" bemerkt:

Abg. Eberty: In der vorigen Session hat das Haus auf meinen Antrag beschlossen, die Regierung aufzufordern: den Strafvollzug vorläufig im Verwaltungswege in einer Weise zu ordnen, daß dadurch der Vollzug der Strafe im Sinne des Strafgesetzbuches sicher gestellt wird. Unter dem 19. Februar d. J. ist darauf eine allgemeine Verfügung ergangen, in welcher anerkannt wird, daß die für die Untersuchungs- und Strafgefängnisse geltenden Regulative theils unter einander nicht im Einklange stehen, theils nicht den Bestimmungen des Strafgesetzbuches entsprechen. Zur Beseitigung dieser Mißstände wurde von beiden Ministerien eine Reihe von Bestimmungen erlassen, in denen sowohl in Bezug auf die Gleichmäßigkeit des Strafvollzuges, als in Beziehung auf das Zusammenwirken der beiderseitigen Verwaltungen ein erheblicher Fortschritt anzuerkennen ist. Definitiv kann die Feststellung dieser Bestimmungen erst durch die Gesetzgebung des Reiches erfolgen. Die Verfügung behandelt in vier Capiteln: I. die Untersuchungshaft, II. die Gefängnißstrafe, III. die einfache Haft, IV. die qualificirte Haft, das heißt diejenige, welche gegen Landstreicher Bettler und Arbeitsscheue eintritt, und trifft hierüber verschiedene Bestimmungen. Das letzte V. Capitel bringt Anordnungen über Besuche, Correspondenz, Lectüre und Disciplinarbestrafung der Gefangenen. In Bezug auf das letztere ist große Milderung eingetreten; aber noch grenzt die Entziehung des Bettlagers nahe an die Latten, und die Entziehung der Bewegung im Freien auf 8 Tage ist eben so bedenklich, wie die Entziehung der Arbeit und Lectüre bei der Einzelhaft, die bei solcher Ausführung die Gefahr der Geistesstörung besonders vermehrt.

Nach dem Rescript vom 17. April 1837 müssen derartige Isolirte beschäftigt und täglich in die freie Luft gebracht werden. Unnöthig scheint auch, daß die eben gerügten Entziehungen mit Schmälerung der Kost und des Arbeitsverdienstes verbunden werden. Es ist nicht wohl abzusehen, warum Untersuchungsgefangen, sofern keine Collision zu fürchten ist, in der Regel nur alle 4 Wochen einen Brief schreiben dürfen, warum sie in ihrer Lectüre beschränkt sein sollen und warum sie nur einmal im Monat Besuche empfangen können. Soviel über die allgemeinen Bestimmungen. Die Gefangenen sollen aber nach § 16 des Strafgesetzbuches ihren Fähigkeiten gemäß auf ihr Verlangen beschäftigt werden. Darüber hat nur lediglich der Gefängnißvorsteher zu entscheiden. Das ist aber sehr bedenklich. Es heißt dann in dem § 4: Der Ertrag der von den Gefangenen auf Verordnung des Gefängnißvorstehers verrichteten Arbeiten gebührt dem Staate. Dieser Satz, der meines Wissens so allgemein noch nie ausgesprochen wurde, dürfte sich, sofern der Arbeitsverdienst die Unterhaltungskosten der Gefangenen überschreitet, kaum rechtfertigen. In der Regel muß das über das Pensum Geleistete für den Antheil am Verdienste maßgebend sein. Die Berücksichtigung dieser Bedenken gebe ich der Königl. Regierung anheim. Als ein Mittel zur Besserung der Gefangenen betrachte ich aber vor Allem die Beschäftigung der Gefangenen im Freien und das Aufhören der Verpachtung der Arbeitskräfte an Unternehmer, wodurch der freien Arbeit eine ungerechtfertigte Concurrenz gemacht wird. Im Allgemeinen muß anerkannt werden, daß der von der Regierung eingeschlagene Weg dahin führt, das Vertrauen zu der Regierung zu stärken, die Wirksamkeit des Strafvollzuges zu erhöhen, die Rückfälle dadurch zu mindern, die Kosten der Verwaltuug zu ermäßigen und — worauf es zumeist ankommt — die Gefangenen zu bessern. Wenn ich in einzelnen Beziehungen der Regierung eine möglichst rücksichtsvolle Anwendung der Bestimmungen anempfehle, so habe ich hierbei vorzugsweise die wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilten im Auge. Der Besserungszweck tritt bei diesen Gefangenen zurück. In der Regel leiden sie gerade deswegen Strafe, weil sie an ihren Ueberzeugungen festhalten. Diese Ueberzeugungen können irrige sein, aber der Staat muß auch den Schein vermeiden, als wolle er als vindex seiner eigenen Ideen gegen die Widerstrebenden auftreten. Er muß vielmehr den politischen Gefangenen das Bewußtsein geben, daß nur eine geschichtliche Nothwendigkeit ihn zum Einschreiten nöthigt, so kann er auch den Widerspenstigen Ehrfurcht vor der Majestät des organisirten Volkslebens einflößen und seine höchste Aufgabe, Harmonie in alle Lebenskreise hineinzutragen, erfüllen.

Abg. Röckerath: Seit der Zeit, daß meine politischen Freunde das Hauptcontingent der politischen Gefangenen stellen, zeigt sich für dieselben in der liberalen Partei ein sehr geringes Interesse. Nur der Abg. Eberty macht hiervon eine rühmliche Ausnahme. Es ist vor Allen durchaus nothwendig, daß alle politischen Gefangenen die Selbstbeköstigung bewilligt erhalten und daß diese oft für Leben und Gesundheit der politischen Gefangenen geradezu entscheidende Frage nicht länger der Willkür der Gefängnißdirectoren unterstellt bleibe. Noch unlängst wurde dem Redacteur der „Düsseldorfer Zeitung" trotz seines dringenden Ansuchens und trotz aller Beschwerden die Selbstverköstigung versagt, während neben ihm einem wegen betrügerischen Bankerotts Verurtheilten die Selbstverköstigung gewährt wurde. (Hört! im Centrum.) Ebenso wurde dem Redacteur jegliche Lectüre versagt, nicht eine einzige Zeitung gestattet. Durch solche Maßregeln wird das Gefängniß für gebildete Leute geradezu zu einer körperlichen und geistigen Tortur gemacht. Politische Gefangene, Leute, an deren Charakter und Gesittung kein Makel haftet, werden gegenwärtig in den preußischen Gefängnissen geradezu mißhandelt. Das sind Zustände, die eines Culturstaates unwürdig sind.

Regierungscommissar Geh. Rath Illing: Der Fall in Düsseldorf ist der Regierung nicht bekannt geworden. In einem ähnlichen Falle ist von Seiten des Gefangenen eine Beschwerdeschrift an die Regierung ergangen, und diese hat daraufhin die Selbstbeköstigung gewährt. Das ist der allein richtige Weg, den die Betreffenden einschlagen sollen. Der Herr Justizminister hat mit Recht gegen den Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechern protestirt, diesen Unterschied kennt das Gesetz nicht und die Regierung kann ihn auch nicht zugeben. Es ist übrigens in diesen Tagen von Seiten des Ministeriums des Innern und der Justiz eine Verfügung ergangen, durch welche die vorgekommenen Beschwerden wohl zum größten Theil erledigt worden sind. Die Centralverwaltung hat, um dem leidigen Streit ein Ende zu machen, in dieser Verordnung entschieden, daß eine Selbstbeköstigung künftig gar nicht mehr stattfinden soll (Hört, hört! im Centrum), sondern daß alle Strafgefangenen, gleichviel ob sie wegen politischer Vergehen verurtheilt oder gemeine Verbrecher sind, dieselbe Gefangenenkost erhalten sollen und daß die sogenannte Mittelkost nur da einzutreten habe, wo von dem Gefängnißarzte begutachtet wird, daß die Gesundheit des Gefangenen die gewöhnliche Kost durchaus nicht verträgt. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.)

Abg. Lasker: Meine Herren! Der Gegenstand, der jetzt verhandelt wird, hat schon mehrmals zu Verhandlungen im deutschen Reichstage und auch hier geführt, und wir haben uns im Reichstage überzeugt, daß, obschon ein großes Reichsinteresse dabei in Frage kommt, nämlich der Geist des deutschen Strafgesetzbuches und dessen Folgen in der praktischen Ausführung, doch zunächst in den einzelnen Staaten Remedur geschafft werden muß. Ich muß mich in diesem Punkte sämmtlichen Klagen anschließen, welche der Herr Vorredner hier geltend gemacht hat, und noch darüber hinausgehend erklären, daß durch die Art, in welcher die Gefängnißverwaltung bei uns gehandhabt wird, gegen den Sinn des deutschen Strafgesetzbuches ungleiches Recht ausgetheilt wird (Sehr wahr!)

Als der Herr Vertreter der Regierung uns mittheilte, es sei ein Regulativ ergangen, welches den Beschwerden abhelfen sollte, so habe ich geglaubt, daß heute nur eine thatsächliche Mittheilung der eigenen Ansicht nöthig sein würde; die Probe, die er uns aber aus diesem Regulativ gegeben hat, beweist mir, daß die Regelung nach der Knute hin stattgefunden hat, und daß wir, statt wirklich im Geiste des Gesetzes die Strafen handhaben zu lassen, den Trost erhalten, daß alle unter eine gemeinsam schlechte Behandlung gebracht werden sollen. (Sehr richtig!) Ich habe die Antwort, die man uns früher gab, daß man in den Gefängnissen vor Allem auf Gleichheit der Gesetze sehen müsse und deshalb eine verschiedenartige Behandlung nicht zu gestatten sei, nur als einen Hohn betrachtet auf die Grundsätze, welche das Stafgesetzbuch ausgeführt wissen will. Neulich habe ich in der Zeitung gelesen, daß eine Frau, die, ich weiß nicht wofür, verurtheilt war, als sie die ihr überwiesene Arbeit nicht leisten wollte, weil sie die Mittel zur Selbstbeköstigung nicht hatte, im Disciplinarwege mit einer vierzehntägigen Strafe bei Wasser und Brot bestraft wurde, nur unterbrochen an einzelnen Tagen durch warme Kost. Bei der Berathung des Militärstrafgesetzes waren wir darüber einig, daß die Behandlung, welche dem strengen Arrest gleichkommt, eine grausame ist und kaum von dem kräftigsten Menschen ertragen werden kann. Man wollte den Gebrauch dieses gefährlichsten aller Strafmittel rechtfertigen durch die in der Armee nothwendige Disciplin. Es ist also ein Unterschied, ob Jemand zur Selbstbeköstigung verstattet wird oder nicht. Wird ihm die Selbstbeköstigung nicht gestattet, so wird die Gefängnißverwaltung ihn zu jeder beliebigen Arbeit anhalten mit den nöthigen Disciplinarfolgen, die in dieser Strenge in keinem Civilgefängniß vorkommen dürften und namentlich nicht gegen eine schwache Frau.

Wird Jemand jetzt zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, so hängt es nur von dem Gefangenenaufseher und in letzter Instanz vom Decernenten des Ministeriums des Innern oder des Justizministeriums ab, ob dem Verurtheilten Selbstbeköstigung gestattet wird oder nicht, und ob dadurch seine Lage eine freiere und bessere ist oder nicht. Und so kann der Richter zu einer Strafe verurtheilen, die viel härter ausfällt, als er sie nach dem Sinne des Strafgesetzbuches vor Augen haben konnte. Der Minister sagt zwar, daß die Gefangenen sich nur bei dem Justizminister zu beschweren brauchten: aber darüber vergehen vierzehn Tage, bis eine Antwort kommt, und inzwischen ist der Mann unwürdig behandelt worden. Diese wichtigste Frage nach der Gestalt des Gefängnisses in seiner Ausführung ist nicht Angelegenheit der Verwaltung, sondern Sache des Gesetzes. Nun meinte der Vertreter der Regierung, die Verwaltung dürfe nicht zwischen politischen und nichtpolitischen Vergehen unterscheiden, da ja das Gesetz dieses auch nicht thue. Ich frage aber, wie will die Regierung die Thatsache rechtfertigen, die der Abg. Röckerath uns soeben vorgebracht hat, daß in demselben Gefängnisse einem betrügerischen Bankeruttirer die Selbstbeköstigung gestattet wird und einem, der nur eines Preßvergehens, eines politischen Vergehens sich schuldig gemacht hat, die Selbstbeköstigung nicht gestattet ist? (Sehr wahr!) Wir sollten doch nicht vergessen, daß politische Gefangene, wenn sie auch nicht unserer Partei angehören, doch immer für ideale Interessen und nicht wegen Eigennutz und Selbstsucht in den Kampf eingetreten sind. Wir müssen diese Sache durchaus durch ein Gesetz regeln; denn die Frage der angemessenen Behandlung, insbesondere derjenigen, die wegen Preßvergehens oder politischer Verbrechen mit Gefängniß bestraft worden sind, ist zu einer Frage der nationalen Ehre geworden. (Sehr richtig!) Jeder Mensch im Lande weiß, daß die Stellung desjenigen, der ein politisches Vergehen begangen hat, wenn nicht eine unehrenvolle Gesinnung damit verbunden ist, eine andere ist, als desjenigen, der sich eines gemeinen Verbrechens schuldig gemacht hat; und das muß im Gesetze seinen Ausdruck finden, und die Anwendung des Gesetzes ist eben die Vollstreckung der Gefängnißstrafe, welche wir im Geiste des Gesetzes gehandhabt wissen wollen und nicht gegen das Gesetz. (Beifall.)

Regierungscommissar Geh. Rath Illing: Daß diese Frage gesetzlich geregelt werde, wünscht Niemand lebhafter als ich und ich erkenne dabei alle die Gründe, die der Abg. Lasker vorgeführt hat, mit Freuden als die meinigen an. (Gelächter.) Wenn die neu erlassene Verordnung ausdrücklich sagt, die bisher facultativ gestattete Selbstbeköstigung wird aufgehoben, es haben alle Gefangenen die gewöhnliche Gefangenenkost zu genießen, auf Gutachten des Gefängnißarztes kann aber denen, deren Gesundheit unter jener Kost schwer leiden würde, die sogenannte Mittelkost gewährt werden, so frage ich: ist das wirklich ein Fortschritt, nach der Knute? (Ruf im Centrum: Gewiß! ja wohl!) Die Anschauungen und Gründe, die der Abg. Lasker soeben entwickelte, lassen doch die Besorgniß sehr gerechtfertigt erscheinen, daß man mit der Humanität etwas zu weit gehen kann, und ich glaube, wir sind auf dem besten Wege dazu, mit der Humanität viel zu weit zu gehen. (Abg. Windthorst (Bielefeld): Sehr wahr! sehr richtig!) Die Beschwerden, die mir, der ich seit langen Jahren dies Decernat über die Strafanstalten zu verwalten habe, fortwährend zugehen, sind so mannigfacher Art und so unendlich groß an Zahl, daß ich glaube, ihre Abfassung wird von den Gefangenen zum größten Theil nur als ein Zeitvertreib betrachtet, und es würde die größte Unordnung eintreten, wollte man derartigen Beschwerden einen Suspensiveffect beilegen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe diesen neuesten Erlaß des Justizministers und des Ministeriums des Innern über die Strafanstalts-Ordnung

mir soeben auf einen Augenblick leihweise verschafft, und nachdem ich seine Hauptbestimmungen gelesen, nehme ich keinen Anstand hier laut und öffentlich vor dem Lande zu erklären, nicht allein, daß er in der That ein Fortschritt nach der Knute hin, sondern daß er eine flagrante Gesetzesverletzung ist. Während das Strafgesetzbuch in § 16 ausspricht, der Gefangene „kann" auf eine seinen Kenntnissen und seiner Bildungsstufe entsprechende Weise beschäftigt werden, diese Beschäftigung also als facultativ hinstellt, führt der neue Erlaß geradezu die obligatorische Zwangsarbeit ein und überläßt eine Ausnahme davon nur in ganz besonderen Fällen der Willkür des Gefängniß-Directors. Die bisher den politischen Gefangenen gestattete Selbstbeköstigung wird mit einem Federstrich aufgehoben, und dann fragt uns wie zum Hohn der Regierungs-Commissar noch, ob das etwa ein Fortschritt nach der Knute sei? Die achtungswürdigsten Männer, die wegen ihrer politischen Ueberzeugung in das Gefängniß gehen, werden in der Beköstigung, in der Zwangsarbeit und der ganzen Behandlungsweise den Mördern, Räubern und Spitzbuben völlig gleichgestellt, und das nennt die Regierung eine Abhilfe unserer langjährigen, immer wiederholten Beschwerden? Ich muß sagen, mein ganzes Innere ist empört über diesen Ausgang der Sache. Nun sagt die Regierung natürlich, man dürfe ja die Humanität nicht zu weit treiben und das sprach sie aus, wie ich hier vor dem Lande constatiren muß, unter dem ganz besonderen lebhaften Beifall des Abg. Windthorst-Bielefeld. Ich meinerseits nenne diese Behandlungsweise politischer Gefangenen eine unwürdige, eine in jedem anderen civilisirten Staate unmögliche. Ich will die Humanität unter allen Umständen gewahrt wissen, und ich meine, dieser Satz sollte gelten auch in Bielefeld. Nach diesem neuesten Erlaß kann Jeder, der wegen des geringsten Preßvergehens verurtheilt wird, von dem Gefängniß-Director zu den niedrigsten Zwangsarbeiten angehalten, er kann geradezu gemißhandelt werden; ich frage: ist das im Sinne des § 16 des Strafgesetzbuches, und ist das Humanität, Herr Abgeordneter für Bielefeld? (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Regierungscommissar Geh. Rath Illing: Was die niederen Arbeiten betrifft, worunter besonders die Reinigungsarbeiten der Zimmer, Kanäle u. s. w. zu verstehen sind, so sind die Fälle schon vorgekommen, wo Sträflinge sich darüber beklagten, warum sie denn für andere diese Arbeiten verrichten sollten, warum man nicht die Literaten, die nebenan säßen, dazu heranzöge. Diese Frage muß doch endlich einmal entschieden und geordnet werden.

Abg. Röckerath: Die Thatsache in Betreff des wegen betrügerischen Bankerotts Verurtheilten in Düsseldorf, dem die Selbstbeköstigung gestattet wurde, während sie der wegen Preßvergehen verurtheilte Verleger und Redacteur, ein hochgebildeter Mann und Universitätsfreund von mir, nicht erhielt, ist durchaus authentisch. Wie geringen praktischen Nutzen übrigens diese sogenannten Zwangsarbeiten haben, geht daraus hervor, daß in einem Gefängniß die Gefangenen, welche Säcke nähen mußten, dieselben aus Unkenntniß an allen vier Seiten zunähten, so daß sie später wieder aufgetrennt werden mußten. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker: Ich habe nicht im Entferntesten gewünscht, wie der Herr Regierungscommissar es vorführte, daß alle Beschwerden der politischen Gefangenen Suspensiv-Effect haben sollten. Ich habe einzig und allein betont, daß diese Mißstände endgiltig nicht anders beseitigt werden können, als durch ein Gesetz. Wir werden vielleicht selbst, sei es hier oder im Reichstage, einen dahin zielenden Antrag stellen. Den Vorwurf einer zu großen Humanität oder Idealität kann ich nur in die Region der Stichwörter verweisen. Es wurde mir derselbe Vorwurf entgegengehalten, als ich gegen das Attentat protestirte, welches im Reichstage durch die Strafnovelle gegen das Strafgesetzbuch beabsichtigt wurde. Wie kann ein solcher Vorwurf gerechtfertigt werden, wenn man einfach verlangt, daß die Strafvollstreckung gesetzlich gesetzlich geregelt und im Sinn und Geiste des Gesetzes vollführt werde. Wenn ein betrügerischer Bankerotteur besser behandelt wird, als ein wegen Preßvergehen Verurtheilter, so ist das eine offene Fälschung des Gesetzes (Sehr wahr! im Centrum) und dagegen muß ich Protest einlegen und werde mich dabei nicht kümmern um den billigen Vorwurf, daß ich die Humanität zu weit treibe. Ich kann nur dringend wünschen, daß dieser neue Erlaß, über den ich mich jetzt noch des Urtheils enthalten will, möglichst bald veröffentlicht werde. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg kann nur dringend bitten, die Debatte über diesen Gegenstand hier abzubrechen und auf eine andere Gelegenheit zu verschieben, da er das dringende Interesse habe, daß der Justizminister und dessen Commissare dabei anwesend seien.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Es scheint, als ob ich mir das besondere Mißfallen des Abgeordneten für Meppen zugezogen habe; ich weiß mir dafür keinen Grund anzugeben, wenn nicht den, daß ich manchmal mit ihm nicht einer Meinung sein kann, was ich zu meinem Bedauern heute wiederum constatiren muß. Ich begrüße formell, auch ohne in die materielle Prüfung des Erlasses einzugehen, die Thatsache als einen Fortschritt, daß zwischen den beiden interessirten Ministerien ein gemeinsames Regulativ vereinbart ist, welches an die Stelle der verschiedenen oft einander widersprechenden Verordnungen tritt. Eine Gesetzesverletzung, wie sie der Abgeordnete für Meppen dem Erlasse zur Last gelegt hat, ist doch nicht erwiesen. Wir erkennen an, daß das Ministerium hierbei bestrebt gewesen ist, den Wünschen des Hauses entgegen zu kommen, den Abgeordneten für Meppen hat es vielleicht befremdet, uns, die er für eine Oppositionspartei hält, diesmal im Einverständniß mit der Regierung zu sehen, aber wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe, zu nörgeln, sondern erkennen auch das Gute bei der Staatsregierung an. Jeder von uns wird eine möglichst humane Behandlung der Gefangenen wünschen, aber es muß mich sehr Wunder nehmen, daß der Abg. Lasker der Regierung den Rath ertheilt, im Wege der Verordnung einen Unterschied zu machen zwischen den Gefangenen (Abg. Lasker: Das steht im Strafgesetz!), bevor die Materie durch ein Gesetz geregelt wird. Ich halte das Strafgesetzbuch trotz der Vaterschaft des Abg. Lasker für ein sehr mangelhaftes Werk. Bei der Revision der Gefängnißordnung oder des Strafgesetzbuches nach dieser Richtung hin würde ich dafür sein, schon im Gesetze eine besondere Strafart für politische und Preßgefangene zu bestimmen, aber in dem immer zunehmenden Drange nach humanerer Behandlung der Gefangenen sehe ich trotz dem Abg. Lasker eine große Gefahr. Ich komme als Strafrichter fast täglich mit Gefangenen in Berührung und kann constatiren, daß, abgesehen von einigen schlechten Beamten, welche ihre Instructionen überschreiten, keiner die Gefangenen inhuman behandelt. Bei einer allzu humanen Behandlung liegt die Befürchtung nahe, daß der Zweck der Strafe aufgehoben wird. Was soll der arme Steuerzahler denken, wenn die schlechten Kerle, von denen der Abgeordnete für Meppen spricht, aus Staatsmitteln, also auf Kosten des Steuerzahlers, besser gehalten werden als er selbst? Der nächste und hauptsächlichste Zweck der Strafe ist nicht die Besserung des Gefangenen, sondern der Schutz des guten Publikums.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe keinen Groll gegen den Abgeordneten für Bielefeld; denn ich nehme es niemals übel, wenn Jemand anderer Meinung ist als ich, aber ich behalte mir das Recht vor, ihn dann energisch zu bekämpfen. Der Abgeordnete für Bielefeld hat nun besonders die Humanität des Regierungserlasses hervorgehoben und darauf habe ich reagirt, denn ich muß gestehen, daß es mein innerstes Gefühl empört, wenn man es als einen Exceß der Humanität hinstellt, daß politische Gefangene nicht so behandelt werden sollen, wie gemeine Verbrecher. Wenn der Herr Abgeordnete im Namen seiner politischen Freunde gesprochen hat, dann muß sich mein Unwille auch gegen diese richten. Bei seiner Auffassung der Strafgesetze läuft der Herr Abgeordnete Gefahr, zum Redacteur der nächsten Strafgesetznovelle ausersehen zu werden. (Heiterkeit.) Die Ansicht ist irrig, daß die Verbrechen durch schwere Strafen verhütet werden, die Abschreckungstheorie ist falsch. Wenn der Abgeordnete für Bielefeld nun dem Abg. Lasker vorwirft, er wolle durch Verordnungen das Gesetz ändern, so ist das eine petitio principii; der Abg. Lasker hat den Sinn des § 16 des Strafgesetzbuchs declarirt und verlangt, daß Verordnungen in diesem Sinne erlassen würden; das ist durchaus richtig. Ich freue mich, constatiren zu können, daß ich jeden Satz des Abg. Lasker unterschreiben kann. In die Materie selbst will ich nicht weiter eingehen, bis der zu meinem Bedauern heute abwesende Justizminister zur Stelle ist.

Abg. Dr. Lasker: Der Abgeordnete für Bielefeld hat meine Aeußerungen entstellt wiedergegeben und bedauerlicher Weise auch aus liberalen Kreisen eine Stimme erhoben, daß in unserem Strafrecht eine krankhafte Humanität herrsche. Er behauptet, auch er wünsche möglichst große Humanität, jedoch dürfe dieselbe nicht so weit gehen, daß eine Gefahr für die Gesellschaft entstände. Er sagt, der arme Mann trägt es schwer, wenn nach meinen Wünschen der Spitzbube aus seinen Steuern besser lebe, als er selbst es könne. Habe ich davon gesprochen? Ist das eine edle Kampfesweise? Habe ich nicht ausdrücklich gesagt, man müsse unterscheiden nach der Person und es sei ungerecht, den betrügerischen Bankeruteur besser zu behandeln, wie den politischen Gefangenen? Sind also die Behauptungen des Abg. Windthorst wahr? (Widerspruch des Abg. Windthorst.) Ich habe sie wörtlich nachgeschrieben und bitte, im stenographischen Bericht an dieser Stelle nichts zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe dafür so viele Zeugen, daß es das klare Sonnenlicht wegleugnen hieße, das in Abrede zu stellen. Der Abgeordnete für Bielefeld ist auch wenig vertraut mit den Verhandlungen über das Strafgesetzbuch und es wäre besser gewesen, er hätte dieselben vorher gelesen. Ich muß die Ehre ablehnen, daß das Strafgesetzbuch mein Werk sei, eine Behauptung, die in den Regierungsorganen jetzt oft wiederkehrt, seitdem Veränderungen im Strafgesetzbuch beliebt werden. Es ist das eine Ehre, die man Jemandem aufdrängt, um ihn für das verantwortlich zu machen, was einem nicht gefällt. Hätte der Abg. Windthorst ein Strafgesetz gemacht, so würde er nach seiner Ausführung in demselben die Strafarten specialisirt haben. Er hätte in den Verhandlungen über das Strafgesetzbuch lesen können, daß ich wiederholt das Strafgesetzbuch als unvollkommen bezeichnet habe, weil uns ein Gefängnißgesetz fehlt und habe die Frage angeregt, ob es angezeigt sei, ein Strafgesetz ohne dieses zu geben.

Die Regierung machte damals geltend, daß, wenn wir mit dem Straf-Gesetz bis zur Lösung dieser äußerst schwierigen Aufgabe warten wollten, dann würde Deutschland noch auf Jahre hinaus eines einheitlichen Straf-Gesetzes entbehren. Wir erkannten das an und so kam der Wortlaut des § 16 zu Stande, welcher im Wege der Verwaltung die vorläufige Anordnung der Sache gestattet. Nun wirft mir der Abg. Windthorst vor, ich forderte eine Verordnung, wo der liberale Standpunkt ein Gesetz verlangte, während mein erstes Wort heute das Verlangen nach einem solchen Gesetze war und zugleich mein letztes, da der Regierungs-Commissar hierin vollständig mit mir übereinstimmte. Ich will aber bis zum Erlaß des Gesetzes nicht Anarchie, sondern Verordnungen im Geiste des Gesetzes. Wenn das nicht einleuchtet, dann ist die Sprache überflüssig und dient nur dazu, uns zu verwirren. Der Herr Abgeordnete für Bielefeld wird nach mir sprechen, über krankhafte Humanität klagen und mir Bruch des liberalen Princips vorwerfen, ich werde nicht mehr darauf antworten, sondern die Beurtheilung Ihnen überlassen.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Dem Herrn Abgeordneten für Meppen kann ich erklären, daß ich nicht im Namen meiner Partei gesprochen habe, daß aber meine Ansichten wohl viele Anhänger unter meinen Parteigenossen finden werden. Auf die letzte Aeußerung des Abg. Lasker, ich würde nach ihm sprechen, ihm krankhafte Humanität und Bruch des liberalen Princips vorwerfen, erwidere ich, daß es ein Gebiet giebt, auf welchem er nach der Meinung des ganzen Hauses Meister ist, auf dieses werde ich ihm nicht folgen. Auch kann ich es nicht billigen, wenn er den Mitgliedern bösen Glauben und böswillige Entstellung seiner Aeußerungen vorwirft.

Der Vicepräsident Dr. Hänel constatirt, daß eine derartige Behauptung vom Abg. Lasker nicht gebraucht sei, denn dieselbe würde unfehlbar einen Ordnungsruf des Präsidenten nach sich gezogen haben.

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Lasker, daß er ebenso wenig daran gedacht habe, dem Abg. Windthorst mala fides und wissentliche Entstellung seiner Aeußerungen zur Last zu legen, wie ich es gesagt habe.

Die Position wird bewilligt.

Zu Cap. 102 Tit. 2 (Zur Unterstützung hilfsbedürftiger ehemaliger Krieger aus den Jahren 1806/15 1,084,890 Mark) beantragt der Abg. v. Bonin dem Text des Tit. 1 Cap. 102 zuzusetzen: „sowie der von solchen hinterlassenen hilfsbedürftigen Wittwen und Kinder" und den Antrag der Budget-Commission zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Zu Cap. 12 (Einmalige und außerordentliche Ausgaben) bittet Abg. Jung den Minister des Innern um Auskunft über ein Rescript, welches nach einer Mittheilung der „Kölnischen Zeitung" von den Ministern des Innern, des Cultus und des Krieges erlassen sei und welches die Erhaltung der Thore Kölns in historischem Interesse anordne. Damit wird die Stadterweiterung fast illusorisch gemacht und um künstlerisch unbedeutender Denkmale willen der Stadt durch neue Wegeanlagen eine große Last aufgebürdet. Man könne einer Stadt, die für Kunst, wie für die Restauration des Rathhauses und des Gürzenich große Summen ausgegeben habe, nicht eine Gerichtslaube in vervielfachter Auflage zumuthen und ihr einen künstlerischen eisernen Reifen ums Herz legen.

Minister Graf zu Eulenburg constatirt, daß das Rescript die Wünsche eines großen Theils der Bevölkerung um die Erhaltung historischer Kunstdenkmale mit den Erfordernissen der Stadterweiterung möglichst in Einklang zu bringen sucht.

Abg. Dr. Röckerath erklärt, daß das ursprüngliche Project des Herrn v. Quast zwar die Stadterweiterung vollständig illusorisch gemacht hätte, daß aber das jetzige Project mit den Wünschen des größeren Theils der Bürgerschaft harmonire.

Die Position wird bewilligt und damit ist der Etat des Innern erledigt.

Es folgt der Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, der in der Einnahme mit 1,148,778 Mark, an dauernden Ausgaben mit 19,639,735 Mark und an außerordentlichen Ausgaben mit 10,000,000 Mark abschließt.

Dazu liegt Seitens der Abgg. Dohrn und Genossen der Antrag vor, Tit. 5 der Einnahmen, Tit. 1—6, Capitel 67 der ordinären und Capitel 8 Tit. 41 der extraordinären Ausgaben, welche sämmtlich die Bau-Akademie zu Berlin betreffen, der Budget-Commission zur Vorberathung zu überweisen. Die Abgeordneten Lasker und Berger beantragen, diesen Titeln noch die Titel 8 und 9 der Einnahme, ferner die Titel 1 und 2 des Capitels der dauernden und Tit. 52 des Cap. 8 der einmaligen Ausgaben, welche von der Gewerbe-Akademie in Berlin und der polytechnischen Schule in Hannover handeln, hinzuzufügen.

In Befürwortung dieses Antrages verweist Abg. Lasker auf die gegenwärtige Organisation der drei vorgenannten Anstalten, die unzweckmäßiger Weise verschiedenen Abtheilungen des Ministeriums unterstehen, während sie besser einer einheitlichen Verwaltung unterstellt würden, wie sich denn die Vereinigung der hiesigen Bau- und Gewerbe-Akademie zu einer polytechnischen Lehranstalt seines Erachtens durchaus empfehle. Die Berathung in der Budget-Commission werde Gelegenheit geben, die betreffenden Intentionen des Handelsministeriums kennen zu lernen. Abg. Miquel erachtet mit dem Moment der Uebertragung des Chausseebaues auf die Provinzen überhaupt die Zeit zu einer Reorganisation des Bauwesens gekommen. Seiner Ansicht nach kann ein Baumeister heute nicht mehr in allen Zweigen des Bauwesens theoretisch und praktisch vorgebildet sein (Zustimmung), vielmehr wird eine richtige Ausbildung nur durch Trennung des Architekten vom Ingenieur möglich sein. Auch würden die gegenwärtigen Räume der hiesigen Bau-Akademie wohl ausreichen, wenn man sie auf die Unterrichtszwecke auf dem Gebiete der Architektur beschränkte. — Abg. Wehrenpfennig wünscht insbesondere eine Aufklärung über die auffallende Thatsache, daß von den im Jahre 1874 zum Umbau der Bau-Akademie bewilligten 60,000 Thaler nur ein kleiner Theil in jenem Jahre verwendet, im Jahre 1875 dafür aber mehr als das Doppelte verbraucht worden sei, ohne daß die Lehrräume wirklich erheblich erweitert worden wären.

Handelsminister Dr. Achenbach ist mit der commissarischen Berathung der Positionen durchaus einverstanden und wird alles dazu erforderliche Material bereitwilligst unterbreiten. Die Frage der Reorganisation des Bauwesens ist nicht allein eine technische, sondern auch eine Finanzfrage, dieselbe würde übrigens voraussichtlich ihre Lösung im Sinne des Abg. Miquel finden. Der Umbau der Bau-Akademie wird einen Zuwachs von 126 Lehrräumen ergeben.

Abg. v. Benda ersucht, im Falle der Annahme der Anträge Dohrn und Lasker, die Antragsteller mit ihrem Beirath die Budgetcommission zu unterstützen, deren Zusammensetzung nicht mit Rücksicht auf diese technischen Fragen erfolgt sei.

Abg. Wehrenpfennig ist durch die erhaltene Antwort nicht befriedigt und wird vom Geheimrath Maclean auf die in der Budgetcommission zu gebende Aufklärung verwiesen. — Die Anträge Lasker und Dohrn werden hierauf angenommen.

Capitel 66 enthält die Besoldungen der Bezirks- und Districtsbeamten; darunter unter Titel 2 die Gehälter von 212 Bau-Inspectoren und 285 Kreis-, Land- u. s. w. Baumeistern. Abg. Dr. Dohrn bemerkt, daß bei der bevorstehenden Neuregelung der Organisation und der voraussichtlichen Reduction der Beamten, welche nach dem Uebergang des Chausseebaues auf die Provinzen zu ermöglichen sein werde, die hier vorgeschlagene Beförderung von 4 Kreisbaumeistern zu Bau-Inspectoren nicht indicirt erscheine, weshalb er vorschlägt, nur 208 Inspectoren und 289 Kreisbaumeister zu bewilligen. Der Handelsminister hält die Reorganisation und die künftige Reduction für völlig von einander unabhängige Dinge, und Abg. v. Benda glaubt ebenfalls die Sache nicht hinreichend übersehen zu können, um den Antrag Dohrn anzunehmen. Auf den Antrag des Abg. Hammacher wird die Position an die Budgetcommission verwiesen.

Zu Tit. 10 (zur Unterhaltung der Seehäfen und Seeufer, Dünen, Leuchtfeuer rc. 2,181,945 Mark) beantragt Abg. Dohrn die Regierung aufzufordern: 1) beim Reiche dahin zu wirken, daß die Verwaltung der gesammten Seeschifffahrtszeichen an den deutschen Küsten von den Einzelstaaten an das Reich übergehe. 2) Schleunigst mit der Einrichtung von Nebelsignalen an den gefährlichsten Punkten der preußischen Küsten vorzugehen.

Abg. Rickert spricht sein lebhaftes Bedauern aus, daß der vorliegende Etat sowohl im Ordinarium wie im Extraordinarium im Gegensatz zu den Etats der früheren Jahre so außerordentlich spärliche Mittel für die Hafenbauten auswerfe, daß wichtige Verkehrsinteressen dadurch ernstlich gefährdet würden. So sei der für die Arbeiten in Neufahrwasser ausgeworfene Betrag vollständig unzureichend, obwohl die schleunige Fertigstellung des dortigen Hafenbassins ein dringendes Bedürfniß sei. Bei der allgemeinen Finanzlage glaubte er allerdings von einem Antrage auf Erhöhung des Etats Abstand nehmen zu müssen, indessen lege er dem Minister ans Herz, ob es nicht möglich sei, die Deckungsmittel für die Ausführung solcher Bauten, die als ein dringendes Bedürfniß anerkannt würden, auf außerordentlichem Wege zu beschaffen oder die aus früheren Jahren vorhandenen Bestände für diesen Zweck anzugreifen; erforderlichen Falls könne man die letzteren ja aus den Einnahmen der nächsten Jahre wieder ergänzen.

Abgeordneter Dohrn weist zur Begründung seines ersten Antrages auf die Mangelhaftigkeit der Beleuchtung der deutschen Küsten hin. Allerdings steht dem Reiche die Controle über Seezeichen und Leuchtfeuer zu, es sei aber von anderen Gebieten her bekannt genug, wie gering der Effect einer solchen Aufsicht gegenüber einzelnen renitenten Staaten, wie Mecklenburg, sei. Uebertrage man die Verwaltung des Erleuchtungswesens selbst auf das Reich, so gewähre man die Möglichkeit, nicht allein für einheitliche Normen auf diesem Gebiete zu sorgen, sondern auch eine Reihe internationaler Verwaltungsangelegenheiten viel kürzer zu erledigen, als dies jetzt möglich sei. Vielleicht werde dieser oder jener der Seeuferstaaten gegen die Uebertragung an das Reich Widerspruch erheben, wenn die preußische Regierung jedoch ihren Einfluß im Bundesrathe geltend mache, so sei kein Zweifel daß der Antrag mit Hilfe der Binnenstaaten durchzusetzen sei. — Was den zweiten Antrag betreffe, so müsse er darauf hinweisen, daß die dichten Nebel für die Schifffahrt eine viel größere Gefahr bilden, als der heftigste Sturm, und gerade gegen diese Gefahr biete die deutsche Küste gar keine Schutzmaßregeln. Schon seit längerer Zeit sei in Nordamerika und in England die Küste mit kleinen Dampfmaschinen versehen, die den Schiffen Warnungssignale geben, bei uns befindet sich nur eine einzige derartige Einrichtung am Eingang des Kieler Hafens. Die Behauptung, daß man erst Versuche mache müsse, welches die zweckmäßigste Art dieser Nebelsignale sei, könne nicht gelten, denn einerseits würden in Kiel solche vergleichende Versuche gar nicht angestellt, andererseits habe man in England unter Zuziehung des berühmten Physikers John Tyndall bereits die umfassendsten Experimente gemacht, und diese Frage definitiv entschieden. Ueberdies habe man an der Berliner Universität eine bekannte Autorität auf diesem Gebiete, Professor Helmholtz, der im Stande sei, sofort die nöthige Auskunft über die zweckmäßigste Art jener Dampfsignale zu geben. Er empfehle deshalb die Annahme seines Antrages, der um so weniger Widerstand finden könne, als die Kosten, die er beanspruche, verhältnißmäßig sehr gering seien.

Der Regierungs-Commissarius des Handelsministeriums: Die Frage mit den Nebelsignalen ist durchaus noch nicht entschieden. Amerika ist am meisten in der Lage gewesen, sie zu prüfen. England hat sich durch eine nach Amerika gesandte Commission von der Wirkung überzeugen wollen, hat es dann aber für angezeigt gehalten, noch specielle Versuche im Jahre 1873 und 1874 anzustellen. Die Erfolge waren derartig, daß man durchaus noch zweifelhaft blieb; man ließ im Etat 12 Stationen bewilligen, behielt sich aber alle speciellen Maßregeln noch vor. Man wendete zunächst Dampfmaschinen, und da diese sich nicht recht vollständig erprobten, die Ericson'sche kalorische Maschine an. Die Nachrichten hierüber fehlen noch im Allgemeinen; doch steht fest, daß sich von den verschiedenen Arten die Sirene am besten bewährt hat. Frankreich hat sich in Bezug auf die Nebelsignale sehr zurückgehalten und vorläufig nur zwei Stationen errichtet. Unter diesen Umständen sind wir ebenfalls mit Versuchen erst vorgegangen, um nicht unnöthige Kosten herbeizuführen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Von meinem persönlichen Standpunkte aus würde ich, wenn sich die Versuche bewährten, nichts gegen die Ausführung einzuwenden haben. doch würde es mir zweifelhaft sein, ob und wie weit wir in dieser Beziehung vorgehen können, da einerseits die technische Verwaltung vorläufig fehlt, weiterhin aber das Reich am besten einheitlich vorgehen kann, wie es ja nach den Anträgen im Reichstag die Ermächtigung hat. Im Uebrigen ist in den letzten Jahren von Seiten der Regierung Alles geschehen zur Verbesserung der Leuchtfeuer, des Tonnenwesens u. s. w., wie es überhaupt möglich war, und wenn ich dem Hause eine Karte vorlegen könnte, so würden Sie finden, daß die ganze preußische Küste mit Ausnahme eines ganz kleinen Theiles beleuchtet ist.

Der Titel geht auf Antrag des Abgeordneten Dr. Dohrn an die Budget-Commission.

Hiermit vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Erste Lesung der Synodalordnung.

Berlin, 25. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Haupt-Steueramts-Assistenten Dihl zu Köln den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Riemer zu Zirzlaff im Kreise Usedom-Wollin den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Fabrikanten Ferdinand Hirn zu Logelbach zum Präsidenten und den Wagenfabrikanten Louis Wiederkehr zu Colmar zum Vicepräsidenten des an letzterem Orte neuerrichteten Gewerbegerichts ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Kaufmann Louis Häbler, Inhaber der Firma „F. R. Häbler" zu Königsberg i. Pr., das Prädicat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen.

Der Dr. Bernhard Schäfer ist zum außerordentlichen Professor in der theologischen Facultät der Königlichen Akademie zu Münster ernannt worden. Die bisherigen provisorischen Seminarlehrer Kienast zu Oranienburg und Wonneberger zu Neu-Ruppin sind als ordentliche Seminarlehrer; und der beim interimistischen Schullehrer-Seminar zu Oppeln provisorisch beschäftigte Lehrer Franz Langwitz ist bei derselben Anstalt als Seminarlehrer definitiv angestellt worden. — Der ordentliche Lehrer an der Königlichen Bau-Akademie Professor Jacobsthal ist unter Beibehaltung dieses Lehramts zugleich zum ordentlichen Lehrer an der Königlichen Gewerbe-Akademie und der Ingenieur H. von Reiche zum ordentlichen Lehrer an der Königlichen Rheinisch-Westfälischen polytechnischen Schule in Aachen ernannt worden. Der Ingenieur Arthur Kleinstüber zu Gleiwitz ist zum Gewerbe-Schullehrer ernannt und an der Gewerbeschule zu Gleiwitz angestellt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Justiz-Rath von Hertzberg in Zielenzig ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht in Berlin versetzt worden. — Es sind versetzt: der Kreisgerichts-Director Keßler in Memel an das Kreisgericht in Stettin, der Kreisgerichts-Rath Theremin in Landeshut an das Kreisgericht in Schweidnitz, der Staatsanwalt Rinne in Spremberg als Stadtgerichts-Rath an das Stadtgericht in Berlin, der Kreisrichter Krische in Lobsens an das Kreisgericht in Inowraclaw und der Kreisrichter Stieler von Heydekampf in Löwenberg an das Kreisgericht in Grünberg. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Lippmann bei dem Kreisgericht in Marienburg, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Tiegenhof und der Gerichts-Assessor Wiß bei dem Kreisgericht in Culm, mit der Function als Gerichts-Commissar in Briesen. Der Gerichts-Assessor von Winckler ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Amöneburg ernannt. Dem Ober-Amtsrichter Westphal in Allendorf a. d. W. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Staatsanwalts-Gehilfe Kellermann in Bromberg ist in gleicher Amtseigenschaft an die Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Thorn versetzt. Der Kreisrichter Kunze in Reichenbach O.-L. ist zum Staatsanwalts-Gehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Kiel ernannt.

Berlin, 25. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag zunächst den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madai entgegen, besichtigten um 11 Uhr die Central-Turnanstalt und begaben Sich um 1 Uhr nach der Kapelle der russischen Botschaft, um daselbst dem Trauer-Gottesdienst für Ihre Kaiserliche Hoheit die verewigte Frau Großfürstin Maria Nicolajewna von Rußland beizuwohnen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern die Kaiserin Augusta-Stiftung in Charlottenburg. Beide Kaiserl. Majestäten wohnten heute dem Gedächtnißgottesdienste für die verstorbene Großfürstin Marie von Rußland, verwittwete Herzogin von Leuchtenberg, in der Kapelle der Kaiserlich russischen Botschaft bei.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] begab Sich gestern Vormittags 10 Uhr zur Abhaltung einer Jagd nach dem Forstrevier Spandau und kehrte Nachmittags gegen 4 Uhr von dort zurück. Um 4¾ Uhr empfing Höchstderselbe den Königlichen Gesandten von Wentzel. (Reichsanz.)

Hannover, 25. Februar. [Reichstagswahl.] Nach Meldung des „Hann. Cour." hat bei der im 9. hannoverschen Wahlkreise (Hameln-Springe-Eldagsen) stattgehabten Reichstagsersatzwahl an Stelle des verstorbenen Abg. Brande der Candidat der particularistischen Partei, v. Lenthe, 7763, der Candidat der nationalliberalen Partei, Fromme, 6359 Stimmen erhalten.

Köln, 25. Februar. [Eine Audienz beim Papste.] Die

„K. Volksztg.“ läßt sich von ihrem Berliner □-Correspondenten Folgendes schreiben:

„Eine soeben von einer Reise nach Rom heimgekehrte hiesige Dame, welche die Ehre hatte (in der vorletzten Woche), von dem Papste in Privat-Audienz empfangen zu werden, kann nicht genug von der körperlichen und geistigen Frische des h. Vaters, seiner geistreichen Unterhaltung erzählen, und war hingerissen von der Liebenswürdigkeit und Herzensgüte, der Erhabenheit und dem Gottvertrauen des königlichen Greises. Die halbstündige Unterredung, welche in französischer Sprache, der Muttersprache jener Dame, geführt wurde, drehte sich natürlich vorzugsweise um die Angelegenheiten der katholischen Kirche in Preußen und Deutschland, wobei der h. Vater eine erstaunliche Kenntniß der einschlagenden Verhältnisse verrieth. — So war es ihm beispielsweise bekannt, daß in der Nachbar-Residenz Charlottenburg gegenwärtig an dem Baue einer neuen katholischen Kirche gearbeitet wird. Einen tiefen Eindruck machte auf die Dame der in der ganzen Haltung und in allen Aeußerungen sich ausprägende ungebrochene Muth des Papstes und seine Zuversicht auf den baldigen Sieg der katholischen Kirche über alle ihre Feinde und Gegner.“

Das heißt doch wirklich die Zeitungskost in usum Delphini zubereiten! Die Berichte der betreffenden Dame standen nämlich schon in Berliner Blättern und aus diesen ist zu ersehen, daß Pius IX. an die Erwähnung der Charlottenburger Kirche „sogleich die — von dem „Volkszeitungs“-Referenten klüglich todtgeschwiegene — naive Frage anknüpfte, ob in Preußen die katholischen Kirchen noch nicht geschlossen seien.“ Das verräth allerdings eine „erstaunliche Kenntniß der einschlagenden Verhältnisse“.

Dresden, 25. Februar. [Ueber den Einsturz der Risaer Eisenbahnbrücke] am 22. Februar schreiben die „Dr. Nachr.“: Der Nachmittag des 22. Februar bot das bedauerliche, aber selten großartige Schauspiel des vollständigen Einsturzes der Risaer Eisenbahnbrücke. Noch gegen 4 Uhr war der Zustand der Brücke seit der Zerstörung des einen circa 96 Meter langen Straßenbahnträgers scheinbar wenig verändert. Von der in die Elbfluth gestürzten Straßenbrücke ragten zwei Bruchstücke aus den Gewässern vor; man hatte die beiden stehen gebliebenen, ebenfalls 96 Meter langen, an den Enden 5, in der Mitte 13 Meter hohen Eisenbahnträger, deren Gewicht nach roher Schätzung je an 400,000 Kilo betragen mag, zu stützen gesucht, wobei zwei unter diesen Trägern befindliche, von der früheren Brücke stehen gebliebene Pfeilerreste benutzt worden waren. Diese Arbeit hatte jedoch schon am 21. eingestellt werden müssen, nachdem man durch verschiedene Anzeichen von der drohenden Gefahr benachrichtigt worden war. Es waren nicht nur im oberen Horizontalverband der gewaltigen Eisenbahnträger die Diagonalen gesprungen, sondern auch das auf der Brücke befindliche Eisenbahngleis hatte seitliche Verschiebungen erkennen lassen. Außerdem waren die verticalen Trägerwände wenig, aber doch bemerklich aus der senkrechten Lage gewichen. Der Pfeiler aber, welcher auf Röderauer Seite die großen Träger und anschließend kleinere Eisenträger von ca. 50 Meter Spannweite stützt, zeigte an den Stellen, wo der Neubau an den alten Pfeiler sich anfügt, sich langsam erweiternde Spalten. Genau 4 Uhr 15 Minuten Nachmittags steigt von dem stromabwärts gelegenen Theile des erwähnten Pfeilers ein graubraunes Staubwölkchen auf, und unmittelbar darauf sieht man einen Theil des Mauerwerks zerbröckelnd in das Wasser niedergleiten. In unmittelbarer Folge stürzt der diesem Pfeilertheil entsprechende große Träger mit dem anschließenden 50 Meter langen Brückentheil unter gewaltigem Getöse nieder. Der große Träger fällt zunächst auf die unter ihm befindlichen Pfeilerreste der alten Brücke auf, dieselben theilweis zertrümmernd; bricht in Folge dessen in drei Theile und wird dann von der hochaufschäumenden gelben Elbfluth verschlungen, die sich im Augenblick mit den Schwellen und Bohlen des Brückenoberbaues bedeckt, während die sich stauenden Wassermassen hoch an die benachbarten Ufer anschlagen. Nur ein kleiner Theil des gewaltigen Trägers ragt aus dem Wasser hervor, während der benachbarte kleinere Eisenträger spurlos in den Fluthen verschwunden bleibt. In wenig Secunden ist ein gewaltiges Werk, an dem hundert fleißige Menschenhände lange Monate geschafft haben, vernichtet. Das donnernde Krachen der auf die alten Pfeiler aufstürzenden Eisenmassen, das Prasseln der dadurch zerstörten, niederrollenden Mauermassen, das Knittern und Aechzen der zerreißenden Eisenbänder vereinigen sich zu einem Getöse eigener Art, das gar schauerlich an das Ohr des entsetzten Zuschauers schlägt und das stundenweit ringsum gehört und richtig gedeutet wird. Eine bange Pause athemloser Erwartung folgt. Noch steht der eine der eisernen Träger, der mittlere. Aber die rauschende Fluth wogt geschäftig am steinernen Fundament. Da löst sich ein Stein von dem bedrohten Strompfeiler, bald folgt ein zweiter und dritter und 4 Uhr 30 Min. giebt der in sich selbst zerfallende Mauerkörper dem darauf lastenden gewaltigen Drucke nach und die darauf ruhenden Eisenmassen beginnen zu sinken. Der kleinere, 50 Meter lange Träger fällt mit dem einen Ende auf den Flußgrund auf und bleibt mit dem anderen Ende auf dem nächsten Pfeiler aufgelagert. Der große Träger jedoch kommt im Fallen etwas geneigt auf die beiden alten Brückenpfeiler zu lagern und hält sich auch auf Risaer Ufer auf dem alten Widerlager. Nach dem zerstörten Strompfeiler zu jedoch ragt einen Moment ein circa 30 Meter langer Theil des Trägers frei in die Luft hinaus, um dann, dem gewaltigen Zuge des eigenen Gewichtes folgend, stöhnend und knisternd einzuknicken. Eisentheile, die Tausende von Kilogrammen zu tragen vermögen, biegen sich wie dünner Silberdraht, zerknicken, zerreißen, winden sich schlangenförmig und kommen endlich zur Ruhe. Der für die Schiffahrt bestimmte Theil des Flußbettes, ist durch die dasselbe anfüllenden sperrigen Eisenmassen total unwegsam gemacht und es wird keine der kleinsten Aufgaben sein, den bezüglichen Anforderungen rasch Genüge zu leisten. Daß die Ursache der Katastrophe darin zu suchen ist, daß die alten Pfeiler mit den neuangebauten anders fundirten, kein organisches Ganze bilden, ist bekannt. Leider ist anzunehmen, daß die jetzige Hochfluth das Ereigniß zwar beschleunigt, nicht aber allein veranlaßt hat, daß vielmehr früher oder später, selbst auch ohne abnorme Fluthverhältnisse, auch den jetzt noch feststehenden Pfeilern ein ähnliches Schicksal wie ihren Vorgängern droht. Gründliche Abhilfe dürfte nur von einer Brücke zu erwarten sein, welche auf ganz neuen, von den ursprünglichen unabhängig gegründeten Pfeilern zu ruhen kommt.

Dresden, 25. Februar. [Die sächsische zweite Kammer] hat für die hiesigen neuen Militäranstalten den Betrag von 6 Mill. Mark bewilligt und beschlossen, daß zur Verlegung derselben die Genehmigung der Reichsregierung eingeholt werde.

Oesterreich.

Wien, 25. Februar. [In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses] brachte der Justizminister unter allgemeinem Beifall des Hauses einen Gesetzentwurf über die Civilproceßordnung ein. Der Gesetzentwurf, betreffend die Eisenbahn Bielitz-Saybusch wurde in dritter Lesung angenommen. — Wie der „Volksfreund“ meldet, wird der neu ernannte Fürst-Erzbischof von Wien sich in der ersten Hälfte des Monats März auf kurze Zeit nach Rom begeben.

Pest, 25. Februar. [In der heutigen Sitzung des Unterhauses] erklärte Ministerpräsident Tisza auf eine Interpellation Helfy's, es bezweifle Niemand das Recht Ungarns auf Errichtung einer Bank, für die Lösung der Bankfrage gebe es aber die verschiedensten Modalitäten. Mit der Schaffung des Gesetzes allein sei noch keine Bank geschaffen. Ungarn wolle aber eine Bank und nicht blos das bezügliche Gesetz. Das Haus nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntniß. Dem Deputirten Simonyi erwiderte der Ministerpräsident auf eine bezügliche Anfrage, die Regierung könne das Maximum der Forderungen in der Zollfrage nicht mittheilen, das Haus werde aber bald über Alles unterrichtet sein und sein Urtheil sich bilden können.

Die Reise der Minister nach Wien ist der Wassersnoth wegen wieder verschoben, Ofen und Alt-Ofen sind überschwemmt, die meisten Gewölbe sind geschlossen. Auch die Stadt Waitzen ist stark unter Wasser gesetzt.

Provinzial-Zeitung.

+ **Breslau**, 26. Februar. [Hochwasser.] Im Laufe der vergangenen Nacht ist das Wasser im Oderstrom um 14 Centimeter gefallen. Leider aber hat das Hochwasser sehr bedeutende Schäden angerichtet. Um 3 Uhr des Morgens mußten die städtischen Feuerwehrmannschaften requirirt werden, da sich auf der Insel hinter dem Renard'schen Palais die Futtermauern zu senken begannen. Das daselbst gegenüber dem Appellationsgericht belegene, auf der erwähnten Insel neuerbaute Gebäude schwebt in großer Gefahr und gegenwärtig sind sowohl Feuerwehrmannschaften, Inquilinen des Arbeitshauses und Militärmannschaften mit Legen von Faschinen und Sandsäcken beschäftigt, um das Ufer zu erhalten. Eine noch größere Gefahr zeigt sich auf der Matthiasinsel, wo bereits ein Theil des Steindammes unterspült ist. Das an der eisernen Brücke befindliche kleine Häuschen, welches im Sommer zum Billetverkauf der dortigen Badeanstalt benutzt wird, droht dem Einsturz, da schon das Erdreich unter dem genannten Häuschen weggeschwemmt ist. Auch das ca. 6 Meter breite Ufer vor der Kallenbach'schen Turnhalle ist theilweise weggerissen und auch dort ist man mit Legung von Faschinen begriffen, um das Gebäude vorm sicheren Untergange zu retten. Gestern Abend ist auch noch der vor der Sandbrücke stehende Eisbock, der bisher so tapfer den Eisschollen widerstanden hat, weggeschwemmt worden. An dem Brückenkopf der eisernen Brücke, die vom katholischen Gymnasium nach der Matthiasinsel führt, zeigen sich bedenkliche Risse. An dieser Stelle wird gegenwärtig eine große Thätigkeit entwickelt.

Δ [Beschädigung.] Die Steinauer Eisenbahn-Oderbrücke wurde am 24. durch mit dem Wasser ankommende Holzstämme und Eisschollen beschädigt. Der 5. Pfeiler erhielt ein ca. einen halben Meter großes Loch und wurden deshalb sofort die umfassendsten Schutzmaßregeln getroffen, um einer weiteren Demolirung vorzubeugen. Der Verkehr über die Brücke ist nicht gestört, jedoch dürfen die Züge nur im langsamsten Tempo passiren.

-d. **Breslau**, 24. Februar. [Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] Nach Eröffnung der gestrigen Versammlung durch den Vorsitzenden, Sanitätsrath Dr. Eger, theilte Kaufmann Schlesinger mit, daß der Verein die Mitgliederzahl von 400 bereits überschritten habe, und daß fortwährend neue Anmeldungen erfolgen. — Der Vorsitzende macht die Mittheilung, daß der Vorstand bezüglich der Entschädigungsfrage der durch Wasser- oder Gasleitungen Beschädigten vorläufig sich dahin schlüssig gemacht habe, zunächst die vom Magistrat in Aussicht gestellte Antwort in dieser Angelegenheit an die Stadtverordnetenversammlung abzuwarten, ehe weitere Schritte zu thun seien. — Der Vorsitzende bringt der Versammlung die Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die Regulirung der Ohle von der Nicolaistraße bis zur Hospitalbrücke, zur Kenntniß. Da eine Debatte hierüber sich nicht entwickelt, wird zur weiteren Tagesordnung übergegangen. Vom Vorsitzenden wird hierauf ein Bild über die wichtigeren Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung während des Monats Januar gegeben. Das Project der Pferde-Eisenbahn, wie es von Herrn Büsing in Berlin dem Magistrat für Breslau proponirt worden, kommt zur Mittheilung. Herr Grosche bemerkt, daß in der Bürgerschaft Stimmen laut werden, welche die Linien durch das Centrum der Stadt für bedenklich halten. Jedenfalls würden bei diesen Linien kleinere Wagen in Anwendung zu bringen sein. Redner hält übrigens seinerseits diese Linien für durchaus zweckmäßig. — Die Frage über Abschaffung oder anderweitige Organisation des städtischen Leihamts veranlaßt den Vorsitzenden zu einer Darlegung der Verhandlungen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, speciell der fulminanten Rede des Abgeordneten Eugen Richter gegen die Leihämter. Darnach hält Herr Dr. Pflug die Leihämter für überflüssig, weil Jedem Gelegenheit geboten sei, beliebig Geld aufzunehmen, wenn er sonst in einer socialen und gesellschaftlichen Stellung sich befindet. Viele können die statutenmäßigen Bedingungen nicht erfüllen, woraus ihnen Nachtheil erwächst. Die Pfandleih-Aemter leisten dem Leichtsinn und der Lüderlichkeit Vorschub, ein großer Theil der Pfändar falle mit der Feier von Festen zusammen. Die Pfänder werden mangelhaft eingelöst. Die Pfandleih-Institute dienen mehr den Reichen und sind unrentabel. Leihhäuser müßten auf Grund der Selbsthilfe errichtet werden. Abgeordneter Eugen Richter hat den Unterschied zwischen Pfandleihgeschäften und anderen Creditgeschäften dargelegt. Derselbe hält die Pfandleihgeschäfte für unmoralisch, weil sie nur eine Scheinhilfe gewähren, und erklärt sie als einen Nachtheil für die Volkswirthschaft. Instinctiv wende sich bei Revolutionen der Haß des Volkes zuerst gegen die Leihämter. Alle ruinirenden Creditformen, wie Personal- und Lohn-Arrest seien abgeschafft, und jetzt wolle man auf so leichte Weise dem Credit Thür und Thor öffnen, einem Credit, der nicht sowohl den Armen, als vielmehr den Speculanten zu Gute komme. Bei der Discussion bemerkt Herr Markfeldt: Gegen die Ausführungen des Abgeordneten E. Richter lasse sich Vieles einwenden. Redner zeigt dies durch concrete Beispiele. Herr Richter spreche zwar gegen die Leihämter, gebe aber kein besseres Mittel an, den Armen in der Noth zu helfen. — Redner hält nicht nur den Fortbestand des städtischen Leihamtes für nothwendig, sondern wünscht die Thätigkeit desselben weiter ausgedehnt, vielleicht durch Verlängerung der Amtszeit der Beamten. Hr. Heidemann hat gleichfalls die Erfahrung gemacht, daß die Aufhebung des städtischen Leihamtes sich nicht empfehle. In einer Resolution erklärt sich schließlich der Verein für Fortbestand des städtischen Leihamtes unter Verbesserung seiner Organisation, damit die Armen nicht in die verderblichen Rückkaufsgeschäfte getrieben werden.

—d. **Breslau**, 24. Februar. [Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt.] Die Versammlung am 23. d. Mts. eröffnete der Vorsitzende, Director und Stadtverordneter Seidel, mit der Mittheilung, daß für den Oberamtmann Klingner, welcher von Breslau verzogen, Oberamtmann Kutzner in den Vorstand gewählt worden ist. Die Mittheilung des Vorsitzenden, daß die Stadtverordneten-Versammlung gelegentlich der Etatsberathung statt des in der Verlängerung der Löschstraße über die Ohle projectirten Laufsteges den Bau einer Brücke beantragt habe, wurde beifällig aufgenommen. Hierauf hielt Obertelegraphist Leege einen fesselnden Vortrag über Telegraphie. Redner gab zuerst eine Uebersicht über die verschiedenen Systeme der optischen Telegraphie, wobei der gegenwärtig an maßgebender Stelle in Erwägung gezogene Vorschlag erwähnt wurde, bei Schiffssignalen statt der Fahnen 2 Glocken anzuwenden, die in der Octave zu einander abgestimmt, durch verschiedenartige Zusammenstellung der Töne ganz dasselbe Buchstabensystem zur Verwendung kommen lassen, dessen wir uns bei den electrischen Telegraphen bedienen. Das Wesen der electrischen Telegraphie behandelten die weiteren Ausführungen des Redners. Erwähnenswerth ist, daß es jetzt ermöglicht ist, auf einem Drathe gleichzeitig 2 Depeschen in entgegengesetzter Richtung zu befördern. Dem Vortragenden wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Nach Erledigung des Fragekasten erfolgte der Schluß der Versammlung.

—d. **Breslau**, 25. Febr. [Bezirksverein des südöstlichen Theiles der inneren Stadt.] In der letzten Versammlung (Donnerstag, 24. Febr.) hielt Herr Dr. Hulwa einen Vortrag über die Schwemmcanalisation. Bei den vielfach verbreiteten irrigen Meinungen über dieses Project und bei dem großen Mißtrauen, welches noch häufig in der Bürgerschaft der Schwemmcanalisation entgegengebracht werde, verlohne es sich der Mühe, das in der Ausführung begriffene Project immer wieder zu beleuchten. Redner erörterte die Bedingungen und Erfordernisse, die das Sanitätsinteresse und die Volkswirthschaftsgesetze an ein System stellen, welches die Fortschaffung der Fäcalien und sonstigen Schmutzstoffe aus der Stadt unter gleichzeitiger Wiedergewinnung jener Stoffe für die Landwirthschaft am besten ermöglicht. Unter Berücksichtigung der localen Verhältnisse ist für unsere Stadt nur das Schwemmcanalsystem im Stande, den Boden, das Flußwasser und die Luft von Verpestung freizuhalten und die Grundwasserverhältnisse zu reguliren. Unter Benutzung mehrerer Kartenwerke giebt Redner sodann ein Bild von dem Canalnetz, sowie von der Berieselung und dem Auffaugungsproceß. Die Versammlung spendete dem Vortragenden reichen Beifall. Stadtverordneter Riemann macht Mittheilungen über das Pferdeeisenbahn-Project. Den Bedenken gegenüber, daß die Straßen der inneren Stadt für eine Pferdeeisenbahn zu schmal seien, weist Redner darauf hin, daß nach den in Gent gemachten Erfahrungen eine Fahrdammbreite von 5¾ Meter genüge. Unsere Straßen aber, durch welche die Bahn geführt werden solle, hätten an ihren engsten Stellen immer noch eine Breite von 7,3 Meter. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

t. **Grünberg**, 25. Februar. [Hochwasser.] Obwohl die Oder in der Deutsch-Nelkower Gegend schon seit einigen Tagen theilweise frei war, hat der Eisgang an der Deutsch-Nelkower Eisenbahnbrücke erst gestern begonnen, und zwar erwies sich die Bauart der Brücke, sowie ihre Lage äußerst günstig zum Passiren des Eises. Etwaige Stauungen wurden von den Arbeitern augenblicklich beseitigt. Leider ist ½ Stunde unterhalb der Brücke ein sogenanntes Dammsieb, durch welches das Oderwasser in Verbindung mit dem Grundwasser die ganze Deutsch-Nelkower Feldmark überfluthet hat. Auch der Eisenbahndamm ist in einer ¼ Stunde langen Strecke vom Wasser umströmt und müssen die Züge langsam fahren. Zur Sicherung der Strecke werden an beiden Seiten Faschinen gelegt und finden Kiesaufschüttungen statt.

8 **Neusalz a. O.**, 25. Februar, Vormittags. [Hochwasser.] Seit dem gestrigen Tage ist das Wasser des Oderstromes in jeder Stunde um einen Zoll von 13 Fuß 4 Zoll bis 14 Fuß 8 Zoll gestiegen. Bis jetzt ist von hier aus über keinen Schaden zu berichten. Die Deiche haben erfreulicher Weise guten Widerstand geleistet; jedoch, wenn der Wasserstand sich noch erhöht, wie dies nach Nachrichten von oberhalb zu erwarten steht, so ist auch hier Unglück zu befürchten. Der Verkehr mit der rechten Oderseite ist nur noch per Kahn möglich, da die Hafenbrücke, sowie die Chaussee von der Stadt bis zur großen Oderbrücke überfluthet ist. Die der Oder zunächst liegenden Straßen der Stadt sind mit Wasser bedeckt. Nicht blos die Keller der an diesen Straßen liegenden Häuser sind mit Wasser angefüllt, sondern dasselbe ist auch schon in die Kellerräumlichkeiten mitten in der Stadt gedrungen.

Δ **Steinau a. O.**, 25. Februar. [Ueberschwemmung. — Mord.] Wie wir bereits mitgetheilt, zeigte sich schon Mittwoch das Odergebiet auf Steinauer Terrain vollständig eisfrei. Zufolge amtlicher Mittheilungen erfuhren wir, daß bei Maltsch und Köben sich starke Eisversetzungen gebildet, doch scheint die erstere bereits gestern Mittag durchbrochen worden zu sein, denn gegen 1 Uhr begann hier aufs Neue ein mächtiger Eisgang, welcher selbst um 5 Uhr — wenn auch mäßiger — noch fortdauerte. — Bezüglich der Versetzung bei Köben resp. Radschütz haben wir nähere Nachrichten nicht erhalten. Das Wasser erreichte noch gestern Abend eine Höhe von über 15 Fuß. Der eine massive Pfeiler der Eisenbahn-Oderbrücke soll durch Eisschollen beschädigt worden sein. Wie uns mitgetheilt wurde, sollen einige Ziegeln herausgestoßen worden sein, was aber bei den kolossalen und äußerst solid gebauten Pfeilern nichts zu sagen haben dürfte. Dem angerichteten Schaden beizukommen resp. abzuhelfen — ist bis jetzt absolut unmöglich, da mit jeder Minute das Wasser wächst. Jedenfalls ist die von Seiten der Verwaltung angeordnete Vorsicht nur anzuerkennen, welche bei der Passage der Brücke angewendet wird. Wir beobachteten gestern wiederholt, daß jeder Zug ganz langsam — im Schritttempo die Brücke passirte, einige Züge vor der Brücke einige Minuten halten mußten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags waren eine Masse Arbeiter damit beschäftigt, auf Kähnen Steine nach diesem Pfeiler zu fahren, um sie dort in den Strom zu werfen. — Das Wasser fährt fort zu wachsen und erreichte heute die Höhe von 16 Fuß 3 Zoll. Die Häuser der sogenannten Fischerei, das Schießhaus, ein Theil der Dörfer Georgendorf und Geisendorf sind unter Wasser gesetzt — einige tiefer gelegene Häuser ragen nur noch mit dem Dach aus dem Wasser hervor. Die Brücke an der Straße bei Lehsewitz ist zerstört, auch droht die im vergangenen Jahre neu gebaute Brücke beim Schießhause weggespült zu werden. Heut rettete der Besitzer des Kaffeehauses Herr Umlauf ein an seinen Garten angeschwommenes Reh vor dem Ertrinken. Das Wasser soll an einzelnen Stellen durch den Oderdamm dringen, doch dürfte diese Erscheinung auf die durch Maulwürfe angelegten Gänge zurückzuführen sein. — In der Nacht vom Montag zum Dinstag ermordete ein Fleischer aus Raudten auf dem Wege von Queissen nach Raudten seinen Schwager. Der Mörder soll sich der Polizei selbst gestellt und das Verbrechen freiwillig gestanden haben.

x. **Neumarkt**, 25. Februar. [Tageschronik.] Um den Lesern der Breslauer Zeitung ein kleines Bild von dem Zustande der Oder bei Maltsch zu entwerfen, unternahm ich gestern Mittag zu Wagen einen Ausflug dorthin. Schon in der Entfernung zeigte sich das entfesselte Element; zahlreiche Masten ragten über die ersten Häuser von Maltsch. Die großen Oderkähne, sowie die Fährkähne waren in der stattlich angewachsenen alten Oder untergebracht worden, und lagen dort zwischen mächtigen Eisstücken eingekeilt. Eine immense Strecke vor der Oder zeigten sich schon die Massen, bisweilen sehr großen Eisschollen, welche des Wassers Gewalt ans Ufer geschleudert und dort aufgethürmt hatte. Weithin war die Strecke mit diesen Eistrümmern bedeckt, das Ganze sah aus wie ein endloser Schutthaufen eines arg bombardirten Ortes. Die sich gebildeten großen Eisberge im Strombett selbst waren bereits eine Stunde vor meinem Eintreffen glücklich abgeschwommen, obwohl man vorher das Schlimmste von dieser Eisstauung befürchtet und bereits an hiesiges Landraths-Amt um Hilfe zu deren Beseitigung requirirt hatte. Es kamen aber noch fortwährend ganze Karavanen von großen Eisstücken mit reißender Schnelligkeit auf dem Rücken des entfesselten Stromes angeschwommen. Einen seltsamen Eindruck machte die zu so ungewöhnlicher Ausdehnung gekommene Oder. Vor derselben ein Labyrinth von Eisschollen und Trümmern, erstere selbst in einer Ausdehnung bis tief in den schönen Leubus'er Eichenwald hinein, seitlich standen sogar einige Eichen bis an die Kronen in der tosenden Fluth, und nur ein schmaler Eisrand verrieth die Grenzen, an welchen in ruhigem Zustande das Wasser desselben vorüberfließt. Ein schauerlich imposanter Anblick ward uns Anwesenden auf dieser durch Eisschollen gebildeten Grenze. Ein bis auf den Tod abgehetzter prächtiger Rehbock hatte dorthin seine Zuflucht genommen und lugte hilfesuchend nach allen Seiten aus. Er mochte aber das Trostlose seiner Lage wohl längst herausfühlen, denn wohin sein Blick sich wendete, zeigte sich nichts wie Eis und Wasser und der schützende Wald war auch zu einer Wasserfläche umgewandelt. So stand er schon stundenlang, den gewissen Tod vor Augen. Da machten sich drei beherzte Männer auf, erstiegen einen Kahn und arbeiteten sich mühsam und keine Gefahr beachtend, durch die Eisschollen hindurch auf die offene Oder hinaus. Der Strom trieb sie weitab, aber kräftig arbeiteten sie sich bis zu der bezeichneten Stelle, an der sie vorübertrieben, ohne daß der Bock wich. Sie legten dann vor dem ganz im Wasser stehenden Wirthshaus jenseits der Oder an. Wahrscheinlich hatten sie die Absicht, den Bock von dem überschwemmten Landtheile aus zu fassen, oder in die Fluth zu treiben, wo sie ihn besser erlangen konnten. Leider konnte ich das Rettungswerk nicht abwarten. Einige Stunden vorher hatten sich auf Eisschollen auch einige Rehe gezeigt, die, als man sie retten wollte, sich lieber todesmuthig der Fluth anvertrauten, als fangen ließen. — Aecker, Wiesen und Gärten sind überschwemmt und werden die Schiffer Mühe haben, den Landungsplatz, sofern sie in Kürze ihre Schiffsreisen antreten können, vom sperrenden Eis zu säubern. Ueber Unglücksfälle durch das Wasser der Oder ist an dieser Stelle nichts zu verzeichnen.

J. P. **Aus der Grafschaft Glatz**, 24. Februar. [Große Wassers-Gefahr.] In Rengersdorf — ¾ Meilen südlich von Glatz — sind die Gefahren des Eisganges am größten und die Tage des 19. und 20. Febr. wahre Schreckenstage für die Bewohner des an der Neisse gelegenen Theiles des Dorfes gewesen. Es wird uns darüber Folgendes mitgetheilt: Am 19. früh hatte sich das Eis bei der Mühlgrabenbrücke nahe der Brauerei festgesetzt. Durch die hohen Eisenbahndämme oberhalb und durch einige Sprengschüsse unterhalb der Brücke wurde es jedoch glücklich zum Fortgang gebracht. Desto schlimmer versetzte sich das Eis bei dem sog. Oelgassenstege; das Wasser strömte, da es im Flußbett keinen Fortgang fand, sofort zu beiden Seiten über die höchsten Dämme, in Folge dessen mehrere Familien mit ihrem Vieh die Wohnungen verlassen und einzelne Personen auf die Böden retiriren mußten. Von keiner Seite kam Hilfe; in der Zeit von 11½ Uhr Vorm. bis zum Abende wurde nicht einmal der Versuch dazu gemacht, obwohl man selbst bis zum anderen Tage von der höher gelegenen Pfarraue her noch ganz gut auf das Eis gelangen konnte. Die Angst der Bedrängten wuchs von Stunde zu Stunde, das Wasser stieg immer mehr und die finstere Nacht rückte heran, ohne daß Hilfe kam. Gegen 12 Uhr Nachts mußten noch viele Frauen und Kinder — darunter auch Schwerkranke — von den Männern durch bereits meterhohes Wasser nach höher liegenden Wohnungen getragen und Vieh gerettet werden, das bereits bis über die Bäuche im Wasser stand. Unter unsäglicher Angst der Bedrängten rückte der Tag heran; noch immer zeigte sich keine Hilfe, bis endlich auf dringendes Bitten, während man die Bedrohten durch Wagen aus dem Wasser holte, ein Bote nach Sprengmaterial geschickt wurde. So verging die Zeit bis zum Nachmittag. In der 4ten Stunde donnerten die ersten Schüsse; nach dem 11. Schuß bewegte sich das Eis und zur großen Freude der Zuschauer rückte es ab — gerade zum richtigen Moment; denn eben kam das Eis aus Grafenort und Habelschwerdt an, welches nun gleichfalls freien Abgang hatte. Der verursachte Schaden ist sehr bedeutend. Viele Morgen der schönsten Aecker sind ihrer besten Krume beraubt, — 1000 Fuder gute Erde ersetzen sie nicht wieder. Die Saaten sind weggeschwemmt, die Roggenernte liegt im Wasser und die Besitzer bringen es vielleicht während ihrer Lebenszeit nicht mehr auf den früheren Stand. Möchte dieser Vorgang doch für die Zukunft zur Warnung dienen, damit schneller Rath geschafft und die Bedrängten nicht bis zur 30sten Stunde hilflos gelassen werden.

=ch= **Oppeln**, 25. Februar. [Hochwasser.] Da das Wasser erheblich gefallen, so dürfte auch bei hiesigem Orte die Gefahr nunmehr als beseitigt anzusehen sein. Nach heut Abend von Cosel eingegangener Depesche sind die beiden oberhalb Cosel noch befindlich gewesenen Eisversetzungen gelöst, dieser Eisgang wird aber voraussichtlich ein bedeutendes Steigen des Stromes nicht mehr zur Folge haben. Am schlimmsten im Bezirk stand es gestern in Nicoline, Golschwitz und Sowade, Falkenberger Kreises, wo in Folge der Eisverstopfung der Strom die Dörfer und Felder überschwemmt hat. Menschenverluste sind nicht zu beklagen; auch ist fast alles Vieh gerettet. Den bis heut Mittag fortgesetzten Sprengarbeiten, welche Bauinspector Rösener

aus Neisse leitete und bei welchen Regierungs-Präsident v. Hagemeister und Regierungs- und Baurath Berring zugegen waren, ist es gelungen, die dort haushoch aufgethürmten Eismassen zu zerstören; dieselben wurden heut Nachmittag 2 Uhr durch den Druck des Wassers abgeführt. Hiernach ist nunmehr im ganzen Regierungsbezirk auf dem Oderstrome keine Eisversetzung mehr vorhanden und der Eisgang unbedeutend, da die Eisschollen vielfach auf den überschwemmten Feldern lagern.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 25. Febr., Abends. Die „Presse" meldet: Die Südbahn-Verhandlungen sind beendet, die Generalversammlung findet am 28. d. M. definitiv in Paris statt. Der genehmigte Baseler Vertrag gelangt daselbst zur Publication. Präsident Hoffen und Generaldirector Bontour reisen heute nach Paris ab. Die „Presse" dementirt die Nachricht, daß der Bankverein 15,000 Actien der Mährischen Grenzbahn besitze. Bei der Syndicatsbetheiligung des Bankvereins an den Grenzbahn-Titres sind die weitgehendsten Abschreibungen erfolgt, daher bringt der Coursstuz geringen Schaden.

Prag, 25. Febr. Die Nachgrabungen nach Verunglückten im Engertschachte in Kladus sind beendet. Im Ganzen sind 19 todt, 4 schwer, 3 leicht verwundet.

Rom, 25. Febr. Die amtliche Zeitung meldet: Ein königliches Decret schließt die Kammersession und beruft das Parlament zur neuen Session auf den 6. März ein.

Petersburg, 25. Febr. Die feierliche Beisetzung der verstorbenen Großfürstin Maria Nicolajewna hat heute Morgen nach dem hergebrachten Ceremoniell in Gegenwart der Mitglieder der kaiserlichen Familie, des diplomatischen Corps &c. stattgefunden. — Die Abreise der Königin von Würtemberg und der Prinzessin von Baden erfolgt demnächst; der Herzog Nicolas von Leuchtenberg hat seinen Aufenthalt hierselbst noch verlängert.

Petersburg, 25. Febr. Das Ministercomite hat mit der Angelegenheit der Schifffahrtscompagnie für das Schwarze Meer, wie bestimmt versichert werden kann, sich noch gar nicht befaßt und sind daher auch alle Nachrichten, welche eine stattgehabte oder für den 22. d. M. angesetzte Berathung behaupten, unrichtig.

Bukarest, 25. Febr. Die Kammersession ist bis zum 13. März verlängert worden. In Folge der Ueberschwemmungen ist schon seit mehreren Tagen keine abendländische Post hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 25. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 70, Pariser Wechsel 81, 37, Wiener Wechsel 176, 60, Böhmische Westbahn 160, Elisabethbahn 143½, Galizier 172½, Franzosen*) 251¼, Lombarden*) 99¾, Nordwestbahn —, Silberrente 64⅜, Papierrente 60, Russ. Bodencredit 85⅝, Russen 1872 99½, Russ. Anleihe de 82 —, Amerikaner de 1885 101½, 1860er Loose 113¼, 1864er Loose 299, 00, Creditact. 156, Oest. Nationalb. 785, 00, Darmstädt. B. 109⅜, Brüsseler B. —, —, Berliner Bankverein 79¾, Frankf. Bankverein 77⅜, dto. Wechslerbank 77½, Deutsch-österreichische Bank 90¼, Meininger Bank 76⅝, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 158⅛, Continental —, , Hess. Ludwigsbahn 98, Oberhessen 72¾, Ungarische Staatsloose 164, 00, do. Schtzw. alte 93¾, do. neue 92½, Central-Pacific 92½, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 65¼. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Fest auf Deckungskäufe. Prioritäten der Mährischen Grenzbahn 64⅞.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 156⅜, Franzosen 252¼, Lombarden 99¾, Galizier —, 1860er Loose —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 64¼, Credit-Actien 156, Nordwestbahn —, 1860er Loose 113¾, Franz. 628½, Lombarden 248½, Ital. Rente 71⅜, Vereinsbank 118¾, Laurahütte 57½, Commerzbank 88¾, do. II. Emission —, Norddeutsche 127, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 57, do. neue —, Internationale B. 87, Amerikaner de 1885 95⅞, Köln-Mindener St.-A. 99¼, Rheinische Eisenbahn do. 116¼, Bergisch-Märkische do. 81¼, Disconto 3 pCt. — Fest auf Deckungskäufe.

Wechselnotirungen: London lang 20, 31 Br., 20, 25 Gld., London kurz 20, 49 Br., 20, 41 Gld., Amsterdam 168, 50 Br., 167, 70 Gld., Wien 175, 75 Br., 173, 75 Gld., Paris 80, 85 Br., 80, 25 Gld., Petersburger Wechsel 261, 75 Br., 259, 75 Gld., Frankfurt a. M. pr. 100 Mk. —, — Br., —, — Gd.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fester. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. Febr. 199 Br., 198 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 202 Br., 201 Gd. Roggen pr. Februar 145 Br., 143 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 145½ Br., 144½ Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rüböl fester, loco 68½, pr. Mai 65, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 64½. Spiritus matt, pr. Febr. 34, pr. März-April 34½, per Mai-Juni 35, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 36. — Kaffee sehr fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 12, 80 Br., 12, 60 Gd., per Februar 12, 60 Gd., per August-December 12, 25 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 25. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 8000 Ballen, davon 4000 B. amerikanische.

Liverpool, 25. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 11,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Matt. Preise nominell. Auf Lieferung und Ankünfte zu 1/32 D. billigeren Preisen Käufer.

Middl. Orleans 6½, middl. amerikanische 6 3/16, fair Dhollerah 4 3/16, middl. fair Dhollerah 3⅞, good middl. Dhollerah 3⅝, middl. Dhollerah 3⅜, fair Bengal 4, good fair Broach 4¾, new fair Oomra 4¼, good fair Oomra 4⅝, fair Madras 4 5/16, fair Pernam 7, fair Smyrna 5¾, fair Egyptian 6⅜.

Upland nicht unter low middling März-Lieferung 6, Mai-Juni-Lieferung 6 3/16, Juni-Lieferung 6¼ D.

Baumwollenwochenbericht. Schwimmend nach Großbritannien 367,000 Ballen, davon amerikanische 278,000 Ballen.

Manchester, 25. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 7¾, 20r Water Micholls 9⅜, 30r Water Gidlow 10¾, 30r Water Clayton 11¼, 40r Mule Mayoll 10½, 40r Medio Wilkinson 12½, 36r Warpcops Qualität Rowland 12½, 40r Double Weston 12, 60r Double Weston 15¼, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 114. Markt ruhig.

Antwerpen, 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen stetig. Hafer matt. Gerste behauptet.

Antwerpen, 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29½ bez., 30 Br., per Februar 29½ bez. und Br., per März 28½ bez., 28¾ Br., per April 28¾ Br., pr. September 30 Br. Steigend.

Bremen, 25. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco, pr. Februar, pr. März und pr. April 12, 00 bez., August-September —, —. Fest.

Wien, 25. Februar. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn] vom 12. bis zum 18. Februar 1,036,105 Fl., gegen 1,198,122 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mindereinnahme 162,017 Fl. Bisherige Mindereinnahme seit 1. Januar d. J. 890,735 Fl.

Berlin, 25. Februar. Der heutige Verkehr drehte sich wiederum in der Hauptsache um die Liquidation, doch zeigte er, obwohl das selbstständige Geschäft sehr eingeschränkt blieb, eine wesentlich zuversichtlichere Färbung. Es ist dies um so mehr hervorzuheben, als einer solchen Haltung die aus Paris eintreffenden Depeschen gegenüberstanden. Sie vermochten denn auch erst ganz am Schluß der Börse, als man auf dem Speculations-Gebiete zu Realisationen schritt, eine Wirkung zu üben und die Festigkeit etwas abzuschwächen. In der heut erfolgten Prämien-Erklärung fand die feste Haltung insofern eine Unterstützung, als durch dieselbe, da die Prämien größtentheils bezahlt wurden, das flottante Material wenigstens keine Vermehrung erlitt. Bei Prolongationen bedangen Credit 1,40—1,60 M., Lombarden 1—0,90 M., Franzosen 2—1,80 M., Disc.-Commandit ¼—⅛ %, Laurahütte ¼—⅛ %, Köln-Mindener ⅓ %, Rheinisch ½ ‰, Bergische ⅛ % Deport. Die internationalen Speculationseffecten gingen mäßig belebt um und bewegten sich anfänglich in steigender Richtung. Wenn auch die höchsten Notirungen sich nicht voll zu behaupten vermochten, so stellt sich das Coursniveau auf diesem Gebiete doch circa 2 M. über gestrige Schlußcourse. Oesterreichische Nebenbahnen waren schwach, nur Böhmische Westbahn und Josefbahn zogen etwas an. Galizier, Elbthalbahn und Kaschau-Oderberger ließen im Course nach. Locale Speculationseffecten sehr ruhig. Disconto-Commandit 125,75, ult. 126—6¼ bis 5¾, Dortm. Union 9,60, Laurah. 58,25, ult. 57¾—8¼. In ausl. Staatsanleihen war das Geschäft geringfügig und behaupteten sich meist letzte Course ohne Veränderung. Italiener und Türken besserten etwas die Notiz. Oesterr. Renten und Amerikaner ruhig. Russische Werthe recht fest. Prämien-Anleihen anziehend. Preußische und andere deutsche Staatspapiere ohne Leben; ebenso blieb auch das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten trotz fester Haltung sehr unbedeutend. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte hatte das Geschäft eine ziemlich belebte Physiognomie angenommen und war auch die Tendenz recht fest. Meist konnten die Course Erhöhungen erfahren. Halberst. sehr fest und um Procente höher. Ebenso Magdeb.-Leipz., Aachen-Mastrichter, Brest-Grajewo, Nahebahn, Tilsit-Insterburg und Nordhausen-Erfurt einigermaßen rege, Schweizer Westbahn gedrückt. Bankactien stiller, aber fest. Centralbank für Genossenschaften fand gute Beachtung, Spielhagen zu besserem Course belebt, Darmstädter behauptet, Danziger Privatbank höher, Spritbank Wrede steigend, Deutsche Bank ging sehr rege um, Braunschweiger Bank lebhaft, Westfälische Bank und Bank für Rheinland wurden zu etwas ermäßigter Notiz recht lebhaft umgesetzt, Bergisch-Märkische Bank nachlassend. Industriepapiere meist sehr ruhig, Landré und Böhmisches Brauhaus wurden zu höherem Course umgesetzt, Große Pferdebahn anziehend, Continental-Pferdebahn gesucht, Centralstraße matter, Viehhof höher, Immobilien fest, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf fest, Louise besser, Duxer Kohlen, Kölner Bergwerke steigend, König Wilhelm, Bochumer, Tarnowitzer und Phönix A. höher, Centrum niedriger, Arenberger weichend. — Um 2½ Uhr: Fest. Credit 313½, Lombarden 200½, Franzosen 504½, Reichsbank 158, Disconto-Commandit 125½, Dortmunder Union 9,60, Laurahütte 58¼, Köln-Mindener 99½, Rheinische 116¼, Bergische 81¼, Rumänen 26¾. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 25. Februar. [Productenbericht.] Roggen hat sich auch heute ein wenig im Werthe gebessert, doch blieb der Umsatz auf Termine ziemlich eng begrenzt. Loco sind höhere Preise nicht erzielt worden, aber der Verkauf ging schlank. — Roggenmehl fester. — Weizen wurde höher gehalten, und die Käufer mußten sich fügen. — Hafer loco fest. Termine still, doch etwas höher gehalten. — Rüböl ist nur wenig besser bezahlt worden. Es fehlte an Verkäufern, der Umsatz blieb daher beschränkt. — Spiritus ohne wesentliche Aenderung. Umsatz sehr beschränkt.

Weizen loco 175—213 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 193—194 M. bez., pr. Mai-Juni 196½—197 M. bez., pr. Juni-Juli 201—201½—201 M. bez., pr. Juli-August 203½ M. bez., pr. September-October 205—206½ M. bez. — Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 147—159 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 147½—149½ M. bez., polnischer 150—151 M. bez., inländischer 155—158 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar 150½ M. bez., pr. Februar-März 150½ M. bez., pr. Frühjahr 150 M. bez., pr. Mai-Juni 149 M. bez., pr. Juni-Juli 149 M. bez., per Juli-August 149½ M. bez., pr. September-October 151 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 132—177 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—182 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—176 M., westpreußischer 150—176 M., russischer 150—176 M., pommerscher 170—178 M. bez., mecklenburgischer 170—178 M. bez., böhmischer 170—178 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 160—160½ M. bez., pr. Mai-Juni 161½ M. bez., pr. Juni-Juli 162 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 172—210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,70 M. bez., pr. Februar-März 20,70 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 20,80 M. bez., pr. Mai-Juni 20,90 M. bez., pr. Juni-Juli 21 M. bez., pr. Juli-August 21 M. bez., pr. August-September 21 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß — M. bez., mit Faß — M. bez., pr. Januar-Februar 63,1 M. bez., pr. Februar-März 63,1 M. bez., pr. April-Mai 63—63,1 M. bez., pr. Mai-Juni 63,5—6 M. bez., pr. September-October 63,8 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco — M. bez. — Petroleum loco 29 M., per 100 Kilo incl. Faß, pr. Januar-Februar 27,20 M. bez., pr. Februar-März — M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Septbr.-October 25,50 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 43,8 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. Januar-Februar 44,8 M. bez., pr. Februar-März 44,8 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 46,2—45,8 M. bez., pr. Mai-Juni 46,6—3 M. bez., pr. Juni-Juli 47,6 M. bez., pr. Juli-August 49 M. bez., pr. August-September 50 M. bez., pr. October-November — Mark bez. — Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 44,8 M.

Breslau, 26. Febr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. 13,80—14,50 bis 16 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,00—16,30—17,60 Mark, feinster über Notiz.

Mais mehr Kauflust, per 100 Kilogr. 10,20 bis 11,50 Mark.

Erbsen gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Wicken leicht verkäuflich, per 100 Kilogr. 17,00—18,00—19,00 Mark.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	—	29	—	28	—
Winterrübsen	29	—	28	—	26	—
Sommerrübsen	30	25	29	25	27	50
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother blieb fest, pr. 50 Kilogr. 50—56—59 bis 62 Mark, weißer animirt, pr. 50 Kilogr. 68—76—80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl mehr Kauflust, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,50—26,25 Mark, Roggen fein 25,50—26,50 Mark, Hausbacken 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 25. 26.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330''',89	331''',50	330''',21
Luftwärme	+ 1°,9	— 0°,1	— 0°,9
Dunstdruck	1''',85	1''',89	1''',75
Dunstsättigung	78 pCt.	96 pCt.	95 pCt.
Wind	NW. 2	W. 2	SW. 1
Wetter	bedeckt, Graupeln.	heiter.	heiter.

Breslau, 26. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 7 M. 26 Cm. U.-P. 4 M. 62 C. Eisgang.

Berliner Börse vom 25. Februar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	163,20 bz
do. do.	2 M.	3	168,60 bz
London 1 Lstr.	3 M.	4	20,30 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,30 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	261,20 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	264,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	176,60 bz
do. do.	2 M.	4½	175,50 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½ % consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,40 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	132,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,60 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84,30 bzG
Pfandbr. Posensche neue	4	94,80 bzG
Pfandbr. Schlesische	3½	85,75 G
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97,80 G
Rentenbriefe Pommersche	4	97,30 bz
Rentenbriefe Posensche	4	97,10 bz
Rentenbriefe Preussische	4	97,20 bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,75 bzB
Rentenbriefe Sächsische	4	99,90 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	98,60 bzB
Badische Präm.-Anl.	4	123,00 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	125,10 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	109,10 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 259,00 B
Badische 35 Fl.-Loose 142,60 bzB
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,50 bzB
Oldenburger Loose 138,50 bz

Ducaten — —	Fremd. Bkn. 99,83 bz
Sover. 20,40 G	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,28 bz	Oest. Bkn. 177,00 bz
Imperials 16,65 bz	Russ. Bkn. 264,70 bz
Dollars 4,16 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	100,90 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,75 G
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,50 G
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,60 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,75 G
do. do. II. Em.	5	102,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,40 bz
do. do. II. Em.	5	106,50 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,40 bzB
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,00 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,60 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	56,00 B
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	54 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,75 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 B
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½ %	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	51 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64,40 bz
do. Papierrente	4⅕	60,00 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	106,80 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	113,75 bz
do. Credit-Loose	—	340,00 B
do. 64er Loose	—	297,60 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	177 25 bz
do. do. 1866	5	177,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,50 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	90,25 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	86,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,00 B
do. do. 1885	6	101,40 bzG
do. 5% Anleihe	5	101,75 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,80 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	106,75 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	78,10 bz
Rumänische Anleihe	8	103,80 bz
Türkische Anleihe	5	20,00 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	73,30 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose 49,50 B
Finnische 10 Thlr.-Loose 40,10 G
Türken-Loose 43,90 etbzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III, v. St. 3½ g.	3½	85,25 bzB
do. do. VI.	4½	97,00 bz
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,25 G
do.	4½	92,25 G
do. Lit. C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	96 G
do. do. E.	4½	95 G
do. do. F.	4½	96 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	91 bz
do. do. J.	4½	90,50 G
do. do. K.	4½	90,00 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91,00 G
do. Lit. B.	4½	99,00 G
do. IV.	4	93 00 B
do. V.	4	90,25 G
Halle-Sorau-Guben	5	95 G
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101,50 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,00 B
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	96,50 G
Oberschles. A.	4	93 50 B
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	101 B
do. G.	4½	99 G
do. H.	4½	101,25 B
do. von 1869	5	103,90 bzB
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	97,90 bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,50 B
do. do. III. Em.	4½	92,50 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	76,60 bzG
Ostpreuss. Südbahn	5	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	104 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,80 G
Chemnitz-Komotau	5	26,00 bzB
Dux-Bodenbach	5	66,75 bz
do. II. Emission	5	55,25 bzG
Prag-Dux	fr.	25,00 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,00 bzG
do. do. neue	5	84,50 G
Kaschau-Oderberg	5	65,60 bz
Ung. Nordostbahn	5	62,00 bzG
Ung. Ostbahn	5	59 80 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	69,75 bz
do. do. II.	5	72,30 etbzG
do. do. III.	5	65,00 bz
Mährische Grenzbahn	5	62,20 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	25,25 bz
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	72,60 G
Oesterr.-Französische	3	321,40 B
do. do. II.	3	307,20 B
do. südl. Staatsbahn	3	237,70 bzG
do. neue	3	237,75 bz
do. Obligationen	5	81,70 B
Warschau-Wien II.	5	99,25 G
do. III.	5	96,25 bzG
do. IV.	5	93,25 G
do. V.	5	90,50 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	25 bzB
Berg.-Märkische	3	—	4	81 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	109,75 bzB
Berlin-Dresden	5	—	5	29 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	34 bzG
Berlin-Hamburg	12½	—	4	172,40 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb.	1⅞	—	4	79,10 bz
Berlin-Stettin	9 11/20	—	4	128,75 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	89,60 bz
Breslau-Freib.	7½	—	4	80,75 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	99,90 bz
do. Lit. B.	5	5	5	97,25 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	9,90 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	86,50-25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13,40 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	17,75 bzG
Kaschau-Oderberg	5	—	5	51,40 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	54,25 bzB
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	177 G
Märk.-Posener	0	—	4	23 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	66 bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	225 bzG
do. Lit. B.	4	—	4	94,10 G
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	98,40 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,50 B
Oberschl. A. C. D. E.	12	—	3½	139,30 bz
do. B.	12	—	3½	129,50 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	504-503 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	245,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1½	—	4	200-200 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	28 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	103,90 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	57,60 G
Rheinische	8	—	4	116 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,40 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	17 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	25,75 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	16,75 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,30 bzG
Thüringer Lit. A.	7⅞	—	4	114,50 bzG
Warschau-Wien.	10	—	4	202,20 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	63,50 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	29,75 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	23,75 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	33 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	48,75 bz
Märkisch-Posener	0	—	5	65,60 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	64 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	90 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	72,25 bz
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	107,50 bzG
Rumänier	8	8	8	82,50 B
Saal-Bahn	2⅞	0	5	27,50 bzG
Weimar-Gera	5	2½	5	27,50 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	—	4	conv. 25 B
Anglo Deutsche Bk.	0	—	4	56,50 G
Berl. Kassen-Ver.	19 1/5	17,7	4	184 G
Berl. Handels.-Ges.	7	—	4	88,75 bzG
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	—	4	85,50 bzG
Braunschw. Bank.	7½	—	4	89,80 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	64,40 bzG
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	—	4	65 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	66,50 bzB
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	115 bzG
Darmst. Creditbk.	10	6	4	108 bzG
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	95 50 G
Deutsche Bank	5	—	4	79,90 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	157,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	93,10 bzG
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	125,75 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	90 B
do. junge	6	5½	4	95,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	13 G
Goth. Grundcredb.	9	—	4	107,25 bz
Hamb. Vereins.-B.	11 1/5	9 4/9	4	119 B
Hannov. Bank	6⅔	—	4	102,25 B
do. Disc.-Bank	0	—	4	87,60 G
Königsb. Ver.-Bank	5½	5¼	4	82 G
Lndw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	121 bz
Luxemburg. Bank	9	—	4	104,90 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	104 G
Meininger do.	4	—	4	76,25 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	6⅔	4	126,50 B
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101,25 bz
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	55 G
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	311,50-12,50 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	97,25 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	97,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	117,75 bzB
Sächs. Bank	10½	—	4	119 10 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	—	4	82,25 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	87,25 G
Thüringer Bank.	6	—	4	73,75 bzG
Weimar. Bank.	5½	—	4	59,75 etbzG
Wiener Unionsb.	5	—	4	128 G

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	86,50 bz
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	78,30 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	37,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	91 bzG
Hessische Bank.	0	—	fr.	53,50 bz
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	82 B
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	50,75 bzG
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	9,25 G

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	123,50 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	13,80 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	71,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	15,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	48 G
do. Papierfabr.	4	—	4	19 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	5,30 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18 2/5	18	4	125,25 bzB
Schles. Feuervers.	17	—	4	570 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	19,25 bzB
Dortm. Union	0	—	4	9,60 bzG
Königs- u. Laurah.	10	—	4	58,25 bz
Lauchhammer	0	—	4	19,25 G
Marienhütte	7½	—	4	66 bzB
Moritzhütte	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	6 bzB
Redenhütte	0	—	4	4,30 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	81,40 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,50 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	52 bz
Vorwärtshütte	1	—	4	15 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	37 etbzG
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	15 B
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	51 etbzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	48,50 G
Erdm. Spinnerei	4	—	4	22,90 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2½	—	4	38 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	12,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	29 bzG
Schl. Leinenind.	7½	—	4	86 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	23 B
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr	— — [81,50 G conv]
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	26 G
Wilhelmshütte MA.	4	—	4	45,50 B

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.